



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

3. Jahrgang
Nr. 68, April 2017

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Eine ungeschminkte Lagebeurteilung

06.04.2017, 14:14 von schweizerzeit 06.04.2017

Die Schweiz und die EU

Der Name Peter Kurer wurde schweizweit bekannt, als dieser – vor nicht ganz zehn Jahren – die UBS durch die schwierigste Krise seit ihrer Entstehung zu steuern hatte.

Peter Kurer – heute in verschiedenen Verwaltungsräten aktiv – hat via Newsletter von finews.ch kürzlich einen bemerkenswerten Kommentar zu Entwicklungen im EU-Mitgliedland Italien und seiner Hauptstadt Rom einerseits, in der Europäischen Union insgesamt andererseits abgegeben. Der Kommentar, der Aufsehen erregt, trägt den Titel «Die Verrückten, die Ahnungslosen und das Ende der EU».

Wir vermitteln den Lesern des EU-No-Bulletins jene Passagen aus diesem Kommentar, die sich mit der Realität in der EU von heute auseinandersetzen. Peter Kurer identifiziert für das von ihm vorausgesagte «Ende der EU» drei Ursachen:

Das erste Problem ist der Euro

«Die EU hat sich infolge einer unglücklichen Kombination von falschen Entscheidungen an der Spitze und dem unkontrollierten Gewährenlassen einer sich selbst dienenden Bürokratie in eine Richtung bewegt, wo sie Gefangene der von ihr selbst geschaffenen Realitäten ist. Etwas vereinfacht ausgedrückt hat die EU, nachdem sie in den ersten Jahren gut vorankam und dem Frieden diente, seit den Jahren des Maastrichter Vertrages drei grundsätzliche Fehler gemacht, die wir heute nur noch als Altlasten erfahren und die wir besser entfernt sähen. Sie sind eng miteinander verknüpft und bilden zusammen den gordischen Knoten des Kontinentes:

Das erste Problem ist der Euro. Diese Kunstwährung wurde einem Wirtschaftsraum übergestülpt, der nicht einheitlich genug ist, um eine einheitliche Währung zu ertragen. Für die einen ist der Euro zu weich, für die anderen zu hart. Im Falle Deutschlands ist er erheblich unterbewertet, was die Exportwirtschaft beflügelt, zugleich aber die Importe vieler Güter des täglichen Bedarfs verteuert, womit die Konsumenten oft das Nachsehen haben und nichts davon haben, dass sie Exportweltmeister sind.

Umgekehrt ist der Euro für den Süden überbewertet. Die dortigen Industrien können nicht mithalten und werden aus dem Markt gedrängt. Die Konsumenten in diesen Ländern profitieren vom günstigen Import, sind aber oftmals einkommensschwach oder gar arbeitslos. Dem Währungsraum fehlen Ausgleichsmassnahmen wie eine Transferunion oder eine einheitliche Fiskalpolitik.

Das Ganze wird von einer gewissen Austerität bei den staatlichen Ausgaben begleitet, was aber mehr ein Verstärker als die eigentliche Ursache ist, wie das diejenigen behaupten, die einfach Deutschland für alles verantwortlich machen wollen.»



Die zweite Altlast: Die Osterweiterung

«Die zweite Altlast ist die fehlgeschlagene Osterweiterung der Union. Wiederum aus politischen Gründen hat man die früheren Staaten des sowjetischen Einflussbereiches im Osten des Kontinents übereilt in eine volle Mitgliedschaft bei der Union hineingedrängt. Diese Länder waren und sind nicht geeignet für einen so engen Bund mit den westlichen Staaten. Es fehlt ihnen ein ausreichender Grad der Demokratisierung und des Rechtsstaates. «Die Entwicklung der wirtschaftlichen Infrastruktur und das Verständnis für eine gute staatliche und wirtschaftliche Governance sind mangelhaft. Die Eliten dieser Länder sehen in der EU ein Instrument, um rasch reich zu werden und die eigenen Probleme zu exportieren. Für die gutgemeinten, aber etwas naiven politischen Programme der Brüsseler Bürokratie haben sie nur Verachtung übrig. Korruption ist mehr denn je das zentrale Steuerungsinstrument. Die Region wird zunehmend zu einem Spaltpilz innerhalb der Region und produziert ein Übermass an Verrückten und Ahnungslosen wie Orban, Kaczynski und anderen.» Peter Kurer

Problem Nummer 3: Die Personenfreizügigkeit

«Das dritte Problem ist die Apotheose der Personenfreizügigkeit. Diese existierte in der ursprünglichen europäischen Ordnung nicht in der heutigen radikalen Ausrichtung, wurde aber dann so eingeführt und durchgesetzt, um die negativen Folgen des Euros und der Osterweiterung abzufedern. Der Einbezug der östlichen Länder in die EU unterwarf deren Wirtschaft den harschen Anforderungen des freien Marktes und zerstörte das Staatsunternehmertum, das die Arbeitnehmer besser vor Entlassungen schützte.

Wenn der starke Westen Waren und Dienstleistungen in den Osten einführen dürfe, so der Gedanke, sollen die Staaten Osteuropas das Recht haben, ihre Bürger in den Westen zu exportieren, um die Arbeitslosigkeit unter Kontrolle zu halten. In jenen Ländern, wo der Euro eingeführt wurde, verstärkte sich dieser Mechanismus, weil die wettbewerbsstarken westlichen und nördlichen Länder ihre Waren zunehmend in die südlichen und östlichen Regionen exportierten, statt sie dort zu produzieren, was wiederum den Migrationsdruck verstärkte.

Im Lauf der Jahre führte die unkontrollierte Personenfreizügigkeit im Osten und Süden zu einem Brain-Drain, zur Auswanderung der Besten und Wägsten in den Westen. Dort resultierte daraus ein Immigrationsdruck, den viele nicht aushalten und als bedrohend empfinden. Der grosse englische Philosoph Roger Scruton hat es staubtrocken auf den Punkt gebracht, als er die Personenfreizügigkeit ein dummes Konzept nannte. Der Europareisende möchte anfügen: Das gleiche könnte man wohl über die Osterweiterung und den Euro sagen.»

EU-No

Peter Kurer ist Partner der Private-Equity-Firma BLR, Verwaltungsratspräsident des Verlags Kein & Aber und des Telekommunikation-Unternehmens Sunrise sowie Mitglied mehrerer Verwaltungs- und Beiräte.

Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Zürich und Chicago. Danach erwarb er das Anwaltspatent des Kantons Zürich. 1980 trat er in die Anwaltssozietät Baker & McKenzie ein, wo er 1985 Partner wurde. Im Jahre 1991 gründete er mit sieben Kollegen die Kanzlei Homburger in Zürich. Als Leiter des Bereiches Gesellschaftsrecht betreute er zahlreiche Börsengänge und M&A-Transaktionen. Im Jahre 2001 wechselte Kurer als General Counsel (Chefjurist) und Mitglied der Konzernleitung zur UBS, 2008 übernahm er während der Finanzkrise vorübergehend das Präsidium der Bank.

Das Komitee EU-No bedankt sich bei finews (www.finews.ch) für das Copyright für die hier abgedruckten Textabschnitte des Newsletters vom 3. April 2017.

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/eine-ungeschminkte-lagebeurteilung_155

Die Schweiz: Reservat für IS-Terroristen

Freitags-Kommentar vom 7. April 2017, von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter Schweizerzeit

Auswüchse der unkontrollierten Masseneinwanderung

Das Bundesgericht verfügt die bedingungslose Freilassung als höchst gefährlich beurteilten ausländischer IS-Terroristen. Dies, weil es das Departement Sommaruga verpasst hat, rechtzeitig die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass rechtmässig verurteilte Terroristen nach Verbüßung ihrer Freiheitsstrafen ohne Verzug aus der Schweiz ausgewiesen werden können.

Welches ist die Kernaufgabe des Justizministeriums eines jeden Rechtsstaats? Es hat die Rechtsgrundlagen dafür zu schaffen, dass die verantwortlichen Behörden dem Land und seinen Bewohnern sichere Existenz garantieren können.

Auch der Schweizer Landesregierung gehört ein Justizministerium – das Departement für Justiz und Polizei – an. Es wird derzeit geleitet von Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Masseneinwanderung

Das Departement Sommaruga trägt die Hauptverantwortung für die seit Jahren anhaltende Masseneinwanderung in die Schweiz.

Zwei bundesrätliche Haltungen prägen diese Masseneinwanderung: Einerseits verfolgt die Landesregierung seit Jahren eine «Politik der sperrangelweit offenen Türe» gegenüber Einwanderern aus aller Welt – legalen und illegalen. Systematischer Schutz der Landesgrenze findet längst nicht mehr statt. Andererseits hat das Justizministerium bewusst zahllose Hindernisse aufgebaut, welche die Ausschaffung krimineller oder unter betrügerischer Angaben eingereister Ausländer massiv erschweren, allzu oft gar verunmöglichen.

Es scheint Kernanliegen des Departements Sommaruga zu sein, Ausschaffungen zu verhindern. Ein Grossteil seiner Departements-Funktionäre ist offenbar Tag für Tag damit beschäftigt, juristische Hindernisse gegen Ausschaffungen zu erfinden und zu errichten. Für diese von oben bestimmte Kernaufgabe wird soviel Schaffenskraft absorbiert, dass personelle Ressourcen für die rechtzeitige Ausarbeitung griffiger Massnahmen zum Schutz der ansässigen Bevölkerung vor terroristischen Aktivitäten nur noch ungenügend zur Verfügung stehen.

Bedrohung durch IS-Terror

Seit Jahren warnen der Nachrichtendienst des Bundes einerseits und Verantwortliche der kantonalen Polizeikorps andererseits nachdrücklich vor den Gefahren, die auch der Schweizer Öffentlichkeit von Seiten von IS-Terroristen drohen. Denn offensichtlich sind nicht wenige IS-Terroristen mit der dank mangelnder Grenzkontrollen anhaltenden Masseneinwanderung auch in unser Land geschwemmt worden.

Viele mögen bloss «Schläfer» sein, die hier auf neue Einsatzbefehle warten. Andere aber wurden straffällig. Es kam zu Verhaftungen und zu Prozessen. Einige der eingeschlichenen IS-Terroristen wurden gar verurteilt – ausnahmslos Fanatiker, die vor keiner Untat zurückschrecken.

Ihnen alle verbrecherischen Umtriebe konkret nachzuweisen, das erwies sich freilich als sehr schwierig. Die meisten dieser Terroristen wurden folglich mit vergleichsweise kurzen Gefängnisstrafen belegt – auch wenn sie mutmasslich mehr und vor allem weit schwerwiegendere Taten begangen haben als die, für die sie verurteilt werden konnten.

Mehrere Verurteilte haben ihre Strafen inzwischen abgesessen. Sie werden nach Strafverbüßung – aufgrund nachrichtendienstlicher Erkenntnisse – allerdings zumeist weiter als hochgefährlich eingestuft. Deshalb wurde in Einzelfällen versucht, ihre Freilassung zumindest hinauszuzögern, wenn nicht gar zu verhindern.

Das Bundesgericht spricht ein Machtwort

Verteidigt wurden nicht wenige dieser Strafverbüßer von höchst gewieften, wohl nicht besonders kostengünstigen Anwälten. Einige sind ans Bundesgericht gelangt – und haben dort ein Urteil erwirkt, das normale Bürger nur mit Gänsehaut zur Kenntnis nehmen: Als wie brandgefährlich solch früher verurteilte ausländische Terroristen auch weiterhin eingeschätzt würden, so seien sie nach verbüßter Gefängnisstrafe dennoch ohne jeden Verzug in vollständige Freiheit zu entlassen. Niemand könne, möge er auch als noch so gefährlich erscheinen, über die ihm aufgebrummte Strafzeit hinaus «einfach so» im Gefängnis zurückgehalten werden.

Und dann folgt jener Passus in der Begründung des Bundesgerichts, der jedem auf Recht, Ordnung und Sicherheit bedachten korrekten Bürger alle Haare zu Berge stehen lässt: «Die Politik» sei schuld, dass das Bundesgericht solch sofortige Freilassung von Terroristen verfügen müsse. Denn «die Politik» habe die Haftzeit dieser Terroristen nicht genutzt, um jene Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche die sofortige Landesverweisung von IS-Terroristen nach abgesessener Freiheitsstrafe gestatten würden.

Aufgrund der mit unrealistischen «Versprechungen von oben» durchgesetzten Verwerfung der Ausschaffungs-Initiative erscheint solche Erläuterung dem Juristen womöglich als logisch; normal Sterbliche fassen sie zweifellos als Horror-Begründung auf.

Das IS-Reservat

Jedenfalls wird die Schweiz für IS-Terroristen damit zum Reservat, in welchem es sich unbehelligt leben lässt – nicht zuletzt, um in aller Ungestörtheit neue Untaten aushecken zu können. Zumal den straffällig Gewordenen hierzulande nicht nur die Bleibe zu gestatten ist. Sie sind auf Kosten hiesiger Steuerzahler auch mit Sozialhilfe durchzufüttern – auch wenn sie sich zur Erzwingung des Dableibens teure Anwälte leisten konnten. Doch möglicherweise mussten die Steuerzahler auch deren Honorare berappen.

Solches ist Tatsache geworden im Jahre des Herrn 2017, da Simonetta Sommaruga als Justizministerin die oberste Verantwortung für griffige Gesetze zur Terror-Abwehr trägt.

Eine Verantwortung, für deren Wahrnehmung die Spezialisten in ihrem Departement keine Zeit finden, weil alle Ressourcen dafür eingesetzt werden, die Ausweisung straffällig gewordener Ausländer aus unserem Land generell zu unterbinden.

Mögen alle für die Sicherheit von Land und Volk tätigen Terrorismus-Fachleute noch so nachdrücklich warnen vor der Gefährlichkeit von IS-Terroristen – jenen, die hier ihre Strafe abgesessen haben, gewährt unsere von Rechtsfunktionären beherrschte Bundesbürokratie freie, vom Steuerzahler zu finanzierende Zirkulation, weil das Departement Sommaruga die Gesetzgebung zwecks Ausweisung gefährlicher Terroristen verschlampt hat.

«Humanitäre Gründe»

Aus «humanitären Gründen» – so verlautet aus dem Departement Sommaruga – könne diesen skrupellosen Verbrechern die Ausreise aus der Schweiz nicht zugemutet werden, müssten sie in ihren Herkunftsländern aufgrund der von ihnen begangenen Verbrechen – in Form wahllos Opfer treffender Gewaltanschläge – doch mit «Repressalien» rechnen, vor denen sie zu schützen seien.

Lieber – das ist die Konsequenz des Nicht-Handelns von Departementsvorsteherin Sommaruga – sollen verbrecherische Terroristen aus dem Ausland durch Aufenthalt in der Schweiz ihrer Strafe entzogen werden, als dass korrekt ihre Pflichten im Staat erfüllende Schweizerinnen und Schweizer vor Terroristen geschützt werden.

Der Ausverkauf elementarer Schweizer Interessen durch Mitglieder der Landesregierung, die an irgendwelchen Konferenzen von Funktionären ausgetüftelten Paragraphen höhere Geltung zubilligen als hier von Volk und Ständen geschaffenes Schweizer Recht, nimmt Formen an, die an der Überlebensfähigkeit eines gesunden Rechtsstaates Schweiz zunehmend zweifeln lassen.

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/die_schweiz_reservat_fuer_isterroristen-3081

Hut ab – Schröder rechnet ab:

Merkels Russland-Hetze und die Kriegstreiber-Politik gehen zu weit

RT Deutsch; So, 29 Mär 2015 16:33 UTC

Altkanzler Gerhard Schröder, von den westlichen Medien als «Putinverstehener» abgetan, verurteilte in einem Spiegel-Interview am Samstag den Russlandkurs der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Zuge der Ukraine-Krise aufs Schärfste und sagte, dass er für Russlands aussenpolitische Sorgen Verständnis habe und dass es absolut keinen Grund dafür gäbe, sich vor einer möglichen Bedrohung Russlands in Osteuropa zu fürchten.



© Ruptly

Er sagte, er kenne «niemanden, auch nicht in Russland, der so verrückt wäre, es auch nur in Erwägung zu ziehen, die territoriale Integrität Polens oder der baltischen Staaten infrage zu stellen.» Er betonte: «Mit dem Ende der Sowjetunion hat der Warschauer Pakt aufgehört zu existieren, während die NATO nicht nur weiterbestand, sondern sich erheblich nach Osten ausgedehnt hat.»

Gerhard Schröder, Bundeskanzler von 1998 bis 2005, verstehe Russlands Bedenken, die mit der wachsenden Isolation des Landes zusammenhängen. Er bestand darauf, dass der Versuch, Russland international zu isolieren, «falsch» sei, denn die Verantwortung für die Krise in der Ukraine liegt bei «allen Beteiligten». In diesem Konflikt haben «alle Seiten Fehler gemacht» und sie haben in eine Spirale der Sanktionen, Drohungen und Gewaltanwendungen geführt.

Der Sozialdemokrat kritisierte ebenfalls die Haltung der Kanzlerin in Bezug auf das EU-Assoziierungsabkommen. Sie hätte sich dafür einsetzen müssen, dass die EU-Kommission nicht «nur mit der Ukraine und nicht auch mit Russland über eine EU-Assoziierung verhandelte» und betonte, dass die «ukrainische Kultur in sich gespalten ist».

Auch den Ausschluss Russlands aus der G8-Gruppe verurteilte er scharf, denn «gerade in der Krise sind Gespräche zwingend erforderlich.»

Er nannte den Krim-Beitritt zu Russland zwar «einen Verstoss gegen das Völkerrecht», aber Befürchtungen vor weiteren «Anschlüssen» seien unangebracht, denn Wladimir Putin erkenne die Ukraine als «selbstständigen Staat» an.

Quelle: <https://de.sott.net/article/16824-Hut-ab-Schroder-rechnet-ab-Merkels-Russland-Hetze-und-die-Kriegstreiber-Politik-gehen-zu-weit>

«Sie benehmen sich wie die Mafia»: Farage sorgt für Tumult im EU-Parlament

Epoch Times; Aktualisiert: 5. April 2017 13:57

«Sie benehmen sich wie die Mafia. Sie denken, wir sind eine Geisel. Das sind wir nicht. Es steht uns frei, zu gehen», sagte der britische Politiker Farage mit Blick auf die Brexit-Verhandlungen.



Nigel Farage

Foto: SEBASTIEN BOZON/AFP/Getty Images

Der Brexit-Vorkämpfer Nigel Farage hat am Mittwoch im Europaparlament mit einem «Mafia»-Vergleich tumultartige Szenen und einen Aufschrei der Empörung ausgelöst. «Sie benehmen sich wie die Mafia. Sie denken, wir sind eine Geisel. Das sind wir nicht. Es steht uns frei, zu gehen», sagte Farage.

Der wenig schmeichelhafte Vergleich rief umgehend zahlreiche Parlamentarier auf den Plan, die ihrer Empörung mit lauten Zwischenrufen Luft verschafften. Das Parlament mit der Mafia zu vergleichen sei «inakzeptabel», sagte Parlamentspräsident Antonio Tajani.

«Herr Präsident, ich verstehe nationale Empfindlichkeiten», sagte Farage darauf an den aus Italien stammenden Tajani gewandt. «Ich ändere das in Gangster. So werden wir behandelt. Wir bekommen einen Erpresserbrief.»

Der Unmut Farages zielt auf die Forderung der EU, zunächst den Brexit und erst anschliessend die künftigen Beziehungen Grossbritanniens zur EU zu verhandeln sowie die Haltung zur an der Südspitze Spaniens gelegenen Exklave Gibraltar. Gibraltar sei «eindeutig ein K.o.-Kriterium», sagte Farage in Strassburg.

Das Parlament in Strassburg forderte in seiner Entschliessung zu den Leitlinien der Brexit-Verhandlungen nun eine harte Position der EU. Die Interessen der EU-Bürger müssten «in vollem Umfang» berücksichtigt werden. (afp)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/sie-benehmen-sich-wie-die-mafia-farage-sorgt-fuer-tumult-im-eu-parlament-a2088848.html>

Denn sie wollen noch immer den Krieg! Warum es keinen Frieden in Syrien gibt

Macht geht einmal mehr vor Recht. Der folgende Text wurde einen Tag vor den Angriffen der US-Armee auf Syrien geschrieben. Was 24 Stunden später tatsächlich geschah, zeichnete sich schon ab. Nun hat sich auch der neue US-Präsident dafür entschieden, die unselige Tradition US-amerikanischer, völkerrechtswidriger Kriegspolitik fortzusetzen. Was ihn letztlich dazu bewogen hat, seine Wahlkampfversprechen zu brechen, muss an dieser Stelle offen bleiben. Die Verantwortung für diese Entscheidung und die möglichen Folgen kann ihm niemand abnehmen. Geradezu pervers mutet es an, dass die monatelange Kampagne gegen Donald Trump nun verstummt ist und sich jetzt, wo er Blut an den Händen kleben hat, die Kriegstreiber in den USA wie John McCain und «Führer» anderer Nato-Staaten wie der französische Präsident und die deutsche Kanzlerin mit dem US-Präsidenten «solidarisieren». – Was für eine «Wertegemeinschaft» und was für ein Zustand der heutigen Welt. –

Und trotzdem bleibt es dabei: Auch jetzt noch geht es darum, noch Schlimmeres zu verhindern und alles zu tun, um eine weitere Ausweitung des Krieges zu verhindern.

Die syrische Regierung wird erneut beschuldigt, für einen Angriff mit Giftgas auf die Zivilbevölkerung in einem von «Rebellen» besetzten Gebiet verantwortlich zu sein. Die Öffentlichkeit ist es gewohnt, dass im syrischen Stellvertreterkrieg Beschuldigungen ohne Beweise ausgesprochen werden. Das ist auch jetzt wieder der Fall.

Zentral ist die Frage, warum nicht nur fast alle hiesigen Medien, sondern auch die verantwortlichen Politiker des Westens in die Vorwürfe mit einstimmen. Wenn es nicht um die Feststellung und Bewertung erwiesener Tatsachen geht, worum geht es dann? Warum wird erneut Propaganda betrieben? Warum nicht deeskaliert, sondern eskaliert?

Deeskalierend wäre es gewesen, wenn alle Seiten ohne voreilige Schuldzuweisungen eine ehrliche und gründliche Untersuchung des Vorfalls gefordert hätten. Aber das war gerade nicht der Fall, zumindest nicht von Seiten der verantwortlichen westlichen Politiker. Dass sich die neue US-Regierung dabei an die Spitze der Bewegung zu setzen scheint, alarmiert. Die US-Regierung hat die militärischen Mittel, in Syrien und gegen die syrische Regierung massiv einzugreifen. Welche Folgen dies haben kann, weiss niemand. Dass es nun heisst, der US-Präsident habe «seine Einstellung gegenüber Staatschef Assad geändert», die syrische Regierung habe «rote Linien» überschritten und die USA würden auch ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates, also völkerrechtswidrig, handeln, muss jedem grösste Sorgen bereiten. Offensichtlich setzen sich in Washington die Scharfmacher und Kriegstreiber durch.

Jeder weiss, dass in einer Situation wie der gegenwärtigen, in der in Syrien (und nicht nur dort) ein Stellvertreterkrieg geführt wird, die Kriegstrommeln laut gerührt werden. Selbstverständlich gilt auch hier der Satz: «Die Wahrheit stirbt im Krieg zuerst.» Das ist keine abstrakte Parole, sondern für Syrien mehrfach belegt, erneut durch das Buch von Michael Lüders «Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte» (2017, ISBN 978-3-406-70780-3). Der Autor legt dar, um wie viel es beim Krieg in Syrien geht und dass den «Auftraggebern» des Krieges bislang alle Mittel recht waren, damit sie den Sieg davontragen können – mochte er auch in noch so weite Ferne gerückt sein. Diese «Auftraggeber» sassen und sitzen offensichtlich bis heute in führenden politischen Positionen der USA und ihrer Verbündeten.

Eine deutsche Tageszeitung, die in Lüneburg erscheinende «Landeszeitung» – sie war die Ausnahme im Medien-spiegel – schrieb am 5. April: «Ein Angriff mit Sarin gegen einzelne Rebellenstände bringt Assad einem militärischen Sieg nicht näher – zumal nach dem Teil-Abzug der russischen Streitkräfte. Kalkül von Rebellen könnte aber sein, dass ein Kriegsverbrechen, für das das Regime verantwortlich gemacht wird, die Entschlossenheit der Assad-Gegner im Westen wieder kräftigen könnte.» Das kann jeden Bürger nachdenklich stimmen.

Indes: Die Regierungen des Westens werden schon jetzt mehr Informationen haben und ihre Politik weder von den Medien noch von syrischen «Rebellen» bestimmen lassen. Wenn sie trotzdem in den Chor einstimmen, dann kann man wohl nur einen Schluss ziehen: Sie wollen doch noch den Sieg ... und eskalieren dafür den Krieg.

Autor: Karl-Jürgen Müller, Quelle: Seniors.org

* Karl-Jürgen Müller ist Lehrer an einer deutschen Berufsschule. Er unterrichtet die Fächer Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde.

Quelle: <http://noch.info/2017/04/denn-sie-wollen-noch-immer-den-krieg-warum-es-keinen-frieden-in-syrien-gibt/>



Der Oberbürgermeister Freibergs Sven Krüger (SPD) hat der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einen Brief geschrieben, in dem er um einen Ausgleich der Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern bittet, schreibt die Mitteldeutsche Zeitung unter Berufung auf «Die Freie Presse».

Nach einer Berechnung der Stadt Freiberg sollen im vergangenen Jahr 736 200 Euro für die Integration und Unterbringung von 1700 Flüchtlingen ausgegeben worden sein.

Die Stadt habe seit 2015 eine ausserordentliche Unterstützungs- und Integrationsarbeit geleistet, obwohl sie für vieles gar nicht zuständig sei, so der Oberbürgermeister der sächsischen Universitätsstadt, Sven Krüger, im Brief. Nun sei die Zeit gekommen, dass Berlin die Kosten übernehme.

In dem der Zeitung vorliegenden Schreiben an die Bundeskanzlerin bitte er «um Ausgleich der Kosten». In der Betreffzeile soll es «Rechnung der Stadt Freiberg/Asyl und Integration» heissen.

In die Rechnung werden Mehrausgaben des städtischen Ordnungsdienstes, der Gehalt neu eingestellter Integrationsbeauftragter, zusätzliche Mitarbeiter des Einwohnermeldeamts sowie Erzieherinnen und Erzieher im Bereich Bildung und Soziales miteinbezogen.

«Sie haben mehrfach betont, dass es für die Finanzierung der Flüchtlingskosten weder Steuer- noch Schuldenerhöhungen geben wird und darüber hinaus keine zusätzlichen Belastungen auf die kommunalen Haushalte zukommen», heisst es im Brief. Bislang gibt es keine Reaktion aus Berlin.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20170410315271753-migranten-rechnung-merkel/>

In Deutschland gilt bald Zensur pur

Mittwoch, 5. April 2017, von Freeman um 19:00

Es gibt kein westliches Industrieland, in dem die Meinungsfreiheit so eingeschränkt wird wie in Deutschland. Jetzt wird es noch schlimmer, denn das Bundesregime hat eine Gesetzesvorlage beschlossen, die Betreibern von sozialen Netzwerken eine Busse von bis zu 50 Millionen Euro auferlegt, wenn sie «offensichtlich rechtswidrige» Inhalte binnen 24 Stunden nicht löschen.

Bundesrechtsverdreherminister Heiko Maas hat das in seinem Entwurf zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) angedroht. Das heisst, Paragraph 5 des Grundgesetzes ist endgültig Makulatur und faktisch abgeschafft: «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Man kann in Deutschland seine Meinung eben NICHT frei äussern und es findet DOCH eine Zensur statt. Maas will also drastische Bussgelder gegen Betreiber sozialer Netzwerke verhängen, wenn diese veröffentlichte «Hasskommentare» auf ihren Plattformen nicht vollständig oder nicht rechtzeitig löschen. Was sind aber sogenannte Hasskommentare und wer entscheidet darüber? Ist doch Auffassungssache.

Gilt dieser Begriff auch für deutsche Politiker und Medien, die ständig Hass gegen Russland und die russische Regierung schüren? Ist denn die falsche Darstellung von Russland als Bedrohung und als grosse Gefahr keine strafbare Äusserung, weil Störung des Friedens?

Wer hetzt denn das deutsche Volk ständig gegen Russland auf? Wer hat seine Kampfflugzeuge, Panzer und Soldaten bis an die russische Grenze in Stellung gebracht? Die deutsche Armee ist wieder an der Ostfront!

Der Geldsäckelminister Wolfgang Schäuble hat den russischen Präsidenten 2014 mit Hitler verglichen, wegen der Entscheidung der Krimbewohner, sich der russischen Föderation anzuschliessen. Nur, wer lässt wieder Panzer in Richtung Russland rollen, so wie Hitler?

Dieses kriminelle Regime in Berlin hat die Frechheit, Putin mit Hitler zu vergleichen, dabei sind sie es, die Kampfflugzeuge, Panzer und Soldaten ins Baltikum und bis an die russische Grenze gestellt haben.

In Moskau hiess es damals zu Schäubles Bemerkung auf der Seite des russischen Aussenministeriums: «Diese Analogie ist eine schwere Verzerrung von historischen Ereignissen und Fakten.»

Das ist meiner Meinung nach keine «schwere Verzerrung», denn viel zu milde beschrieben, sondern die grösste Beleidigung, die es gibt und eine Ungeheuerlichkeit. Aber wir wissen schon lange, der Irre im Rollstuhl ist ein geisteskranker (Anm. bewusstseinskranker) Psychopath.

Wenn wir schon beim Thema Nazi-Vergleich sind: Wer würde sich heute am meisten über eine massive Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland freuen? Ganz klar: Joseph Goebbels und überhaupt die Mitglieder des Nazi-Regimes. Haben sie es doch selbst nach der Machtübernahme ausgiebig praktiziert.

Es wird also nur noch staatlich zugelassene und genehmigte Meinung geäussert werden dürfen. Wie zum Beispiel die Lüge, dass die Krim von Russland annektiert wurde. Wer die Wahrheit sagt, dass es einen Volksentscheid gab und über 90 Prozent Ja gesagt haben, muss zensiert werden.

Interessant ist der Paragraph 130 im Strafgesetzbuch, die sogenannte Volksverhetzung, ein Äusserungsdelikt. Man wird bestraft, wenn man was gegen «Minderheiten» äussert, was man nicht sagen darf. Ich betone Minderheiten, denn gegen Deutsche kann man sagen, was man will.

Habt ihr gewusst, dass der § 130 StGB bei Anstachelung zum Hass gegen das deutsche Volk als ganzes nicht anwendbar ist?

Am 15. Februar 2017 stellte die Hamburger Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen ein Vorstandsmitglied des Türkischen Elternbunds Hamburg ein, das die Deutschen als «Köterrasse» bezeichnet hatte. Zur Begründung hiess es, beim Straftatbestand der Volksverhetzung müsse es sich «... *um eine Gruppe handeln, die sich als äusserlich erkennbare Einheit aus der Masse der inländischen Bevölkerung abhebt*» und das sei bei «*allen Deutschen*» nicht der Fall.

Wartet nur ab, wenn Berlin die Politik der ungezügelter Einwanderung weiter durchzieht wie bisher, dann werden die Deutschen eine Minderheit im eigenen Land werden. Das sind sie eh schon in gewissen Stadtteilen, Ortschaften und Dörfern. Dann können SIE den «Schutz» unter § 130 einfordern.

Echt absurd ist alles geworden. Es geht dem Regime natürlich nur darum, die Verbreitung von alternativen Nachrichten zu verbieten, damit man nur die eine Seite der Geschichte mitbekommt, ihre Version. Die Kontrolleure der Gesellschaft wollen unbedingt das Meinungsmonopol zurückgewinnen.

Die wirklichen Verbreiter von Fake-News sind die Massenmedien und wir haben sie und die Politiker als Lügner blossgestellt. Das stinkt ihnen gewaltig. Deshalb kommen sie mit diesen falschen Begründungen, es gehe um Jugendschutz und Schutz von Minderheiten. Seit wann interessiert der Jugendschutz den Staat wirklich? Lächerlich. Der Jugend werden doch 24 Stunden am Tag nur westliche Tatsachenverdrehungen, Geschichtsfälschungen, krankhafte Perversionen, Amoral, Kriege, Mord und Totschlag über alle Medienkanäle eingetrichtert.

Die Menschen werden zu perfekten Untertanen erzogen, zu Zombies, die keine eigene Meinung haben dürfen, sondern nur das nachplappern, was politisch korrekt ist – wie programmierte Roboter. Jede Abweichung von der «Norm» wird schwer bestraft.

Leider wird sich bestimmt niemand gross gegen dieses Netzwerkdurchsetzungsgesetz wehren, das Gesetz zur Zensur der sozialen Medien. Auch nicht die sogenannten etablierten Medien, denn die Presstituierten hassen uns und arbeiten ja auch gegen uns.

Der Frontalangriff gegen uns passiert ja eh schon länger und wir werden als Fake-News bezeichnet. Dabei ist es genau umgekehrt, die MSM verbreiten Desinformation. Dazu gehört die Tatsache, dass ein Youtube-Kanal nach dem anderen entweder mit Werbeboykott bestraft oder ganz stillgelegt wird.

Siehe meinen Artikel «2017 wird die Schlacht im Informationskrieg entschieden» und «Warum die Medien Pew-DiePie fertig machen».

Ihr könnt davon ausgehen, bald werde ich den letzten Artikel mit echten Informationen und meine Meinung dazu veröffentlichen können!

Denn Politiker wie Maas und Konsorten, die sich Demokraten schimpfen, halten nichts von der Einstellung: «*Ich bin mit deiner Meinung nicht einverstanden, werde aber alles tun damit du deine Meinung äussern kannst.*» Nein, sie wollen abweichende oder kontroverse Meinungen unterdrücken und verbieten. In Deutschland gilt bald Zensur pur!

Ach ja, die aktuelle Meldung, «*Syrische Armee hat Giftgas eingesetzt*», ist auch Fake-News und eine Lüge.

Alle Chemiewaffenbestände Syriens wurden unter internationaler Aufsicht schon lange eingesammelt und vernichtet. Was wirklich passiert ist: Entweder haben die Terroristen es bewusst eingesetzt, um es Assad in die Schuhe zu schieben, wie schon oft vorher, oder ein Giftgaslager der Terroristen wurde getroffen und so ist die tödliche Substanz ausgetreten.

Diese neuste falsche Beschuldigung gehört zum Plan der Schattenmacht, einen Krieg gegen Russland auszulösen, und die meisten fallen wieder auf diese Propagandalüge rein. Es ist die gleiche wie die «Brutkastenlüge» 1990, um den ersten Angriffskrieg gegen den Irak zu begründen.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2017/04/in-deutschland-gilt-bald-zensur-pur.html#ixzz4e117zduq>

Schon wieder ein netter kleiner Krieg

Eric Margolis; erschienen am 8. April 2017 auf > www.ericmargolis.com

Es schaut so aus, als müsse jeder neue US-Präsident seinen Machismo unter Beweis stellen ... oder kein Hehl daraus machen, wie Klugscheisser sagen ... indem er die üblichen Araber bombardiert. Neuerdings ist es fast ein Übergangsritus. Die amerikanische Öffentlichkeit liebt das.

Wir sahen gerade, wie die Vereinigten Staaten von Amerika 59 oder 60 je \$1,5 Millionen teure Raketen auf ein im Westen Syriens gelegenes Flugfeld schossen, um Präsident Trumps Empörung angesichts angeblich durch einen Gasangriff der syrischen Regierung verletzte Kinder zum Ausdruck zu bringen.

Aber was, Herr Präsident, ist mit all den irakischen, syrischen und afghanischen Babys, die von US-B-52 und B-1 schweren Bombern getötet wurden? Oder mit der Zerstörung der aufsässigen irakischen Stadt Fallujah, wo die Vereinigten Staaten von Amerika verbotenen weissen Phosphor einsetzten, der sich bis zu den Knochen hineinbrennt?

Washington behauptete, sein Radar habe eindeutig syrische Kriegsflugzeuge identifiziert, die chemische Waffen abwarfen. Das erscheint mir unwahrscheinlich zu sein. Wo befand sich der US-Radar? Hunderte Meilen entfernt an Bord von Schiffen? Kam die Information von Israel oder von der Türkei, die beide ein eigenes Süppchen kochen? Ist der US-Radar so scharf, dass er den Unterschied zwischen einer chemischen und hochexplosiven Bombe auf grosse Entfernung feststellen kann? Das scheint mir höchst suspekt zu sein.

Der Raketenangriff war sehr wohl im Vorhinein geplant und die Raketen entsprechend programmiert. Das wurde wahrscheinlich schon vor dem angeblichen chemischen Angriff gemacht. Was für eine unverschämte Tat, die Attacke durchzuführen, gerade bevor Chinas Führer Xi Jinping sich mit Trump in Palm Beach zum Dinner setzte. Das war das wichtigste Treffen zwischen China und den Vereinigten Staaten von Amerika, seit Präsident Richard Nixon 1972 auf Besuch zum Vorsitzenden Mao fuhr. Was für ein monumentaler Gesichtsverlust für Xi und für China. Man liess ihn klein und unbedeutend aussehen. War das im Vorhinein geplant? Xi hätte gehen, sein Flugzeug besteigen und zurück nach China fliegen sollen.

Hätte Trump nicht warten können bis Xis Besuch vorbei war, nur einen Tag? Was war so dringend an der Bombardierung der syrischen Luftwaffenbasis? Glauben wir nicht, dass Russland, China und der Iran, alles Verbündete Syriens, negativ darauf reagieren werden? Trump hatte seinen Vorgänger Barack Obama kritisiert, weil er nur daran dachte, Syrien anzugreifen ... und jetzt macht er das Gleiche.

Während der neue Präsident zeigte, wie hart und entschlossen er ist, indem er die üblichen Araber bombardierte, drohen die Vereinigten Staaten von Amerika offen mit Krieg gegen Nordkorea. Washingtons dringendstes Anliegen bei dem Gipfel in Florida war, irgendwie China zu überzeugen, zu beschwatzen oder zu zwingen, den Druck auf das lästige Nordkorea zu erhöhen und dessen nukleare Programme zu beenden.

Die grosse Beleidigung Xis wird China schwerlich motivieren, in Nordkorea einzumarschieren und Kim Jong-Un abzusetzen. In Wirklichkeit ist Nordkorea ungeachtet seiner exzentrischen Wege für China sehr nützlich und bildet keinerlei Gefahr. Die Demokratische Volksrepublik Korea trägt dazu bei, Chinas sensitive Region im Nordosten und die Mandschurei vor US/südkoreanischer Intervention zu schützen. Ein Zusammenbruch der Regierung Kim würde Millionen von hungernden Flüchtlingen nach China, Südkorea und Japan treiben.

Schlimmer noch, ein jetzt angedrohter US-Angriff auf Nordkorea könnte dieses dazu veranlassen, atomar bestückte Raketen nach Japan, Südkorea und auf US-Stützpunkte in Japan und Guam abzufeuern. Zwei Atombomben würden reichen, um aus diesen eine Wüste zu machen. Rund 88 000 US-Soldaten und eine grosse Anzahl Angehöriger befinden sich in der Region. Südkoreas 20 Millionen-Hauptstadt Seoul befindet sich teilweise in Reichweite von Kim Jong-uns schweren 170mm Kanonen, die in der Demilitarisierten Zone eingegraben sind.

Ein zufälliger Zusammenstoss von Schiffen oder Flugzeugen über dem Südchinesischen Meer zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und China scheint unvermeidlich. Die Vereinigten Staaten von Amerika machen grosses Aufheben um Atoll-Luftwaffenstützpunkte, die China hier errichtet hat, aber sind diese wirklich so verschieden von den Flugzeugträgern der US-Navy, die im Chinesischen Meer kreuzen?

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ihre strategische Überlegenheit über China im westlichen Pazifik verloren. Chinas Land-, Luft-, See- und Raketenstreitkräfte stehen fast auf gleicher Ebene mit den amerikanischen und sind gut geplant, um die Vereinigten Staaten von Amerika weit von seinen Küsten zu verjagen. Bei jedem Zusammenstoss würden US-Kräfte eine halbe Welt weit von zuhause entfernt gegen chinesische Kräfte kämpfen müssen, die ihre Basis im eigenen Land haben. US-Militärvertreter strampeln, um neue Strategien zu erfinden, während sie das Weisse Haus warnen, einen Kampf zu vermeiden, den es verlieren könnte.

Als wären potenzielle Kriege gegen China und Nordkorea nicht genug, schmeissen die Vereinigten Staaten von Amerika Russland Sand ins Gesicht und schlagen die Kriegstrommel über der Ostukraine und der Krim, zwei Regionen, die den Amerikanern völlig unbekannt sind. Es scheint aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden zu sein, dass Russland über Tausende atomar bestückter Raketen verfügt, von denen viele auf die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet sind. Antirussische Hysterie hat epidemische Ausmasse angenommen und lässt die Vereinigten Staaten von Amerika dumm aussehen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika weiten auch ihre kleinen Kriege gegen Jemen und Somalia aus in dem Bemühen, das Rote Meer zu beherrschen. Das heisseste neue US-Kommando ist das neue Afrika-Kommando. Das alles, während die Bajonette gegen China und Russland gezückt sind. Erstaunliche strategische Dummheit,

die den alten Bismarck in seinem Grab rotieren lassen würde. Nehmen wir dazu Amerikas vergessenen dummen Krieg in Afghanistan und im Norden Pakistans und seine Provokationen des Iran.

Trump sieht diese Dinge wahrscheinlich durch die Augen eines Geschäftsmanns und versteht nicht, dass ein Imperium mit Kosten verbunden ist, die nicht mit einem Bilanzblatt zu erfassen sind. Sicher, die Vereinigten Staaten von Amerika bezahlen mehr für die NATO als andere Mitglieder. Die NATO ist ein Organ des US-Imperiums, nicht eine simple Partnerschaft. Den Erdball zu beherrschen, kostet einen Haufen Geld. Schlimmer noch, ein grosser Teil des Geldes ist geborgt. Interessanterweise schuldet Amerika dem China des Genossen Xi Jinping mehr Geld als sonst jemandem.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2017_04_08_schon.htm

Der Anfang vom Ende des US Imperiums

Veröffentlicht am 10. April 2017 von dieter; Von Michael Krieger für www.LibertyBlitzkrieg.com; Übersetzung: Inselpresse
Ein sehr schöner Artikel, der aufzeigt, wie tief das US-Imperium in der Scheisse sitzt. Die Psychopathen an den Schalthebeln dürfen es nur nicht zugeben und brauchen daher einen Schuldigen. Die Nummer, «Putin ist schuld», zieht nicht mehr. Was bleibt, um vom Versagen abzulenken? Ablenkung durch Krieg? Das hätten sie wohl gerne! Leider aber fällt Putin auf die Provokationen des US-Imperiums und deren Kriegstreiberverein NATO nicht rein.

Der folgende Artikel wird Ihnen bestimmt gefallen. In den Drecksmedien werden Sie so etwas nicht finden. Bereitet euch auf den Einschlag vor.

Jeden, den die Götter zerstören wollen, lassen sie erst verrückt werden.

Bevor ich zur Hauptsache dieses Artikels komme, will ich kurz etwas rekapitulieren, das ich im Januar geschrieben habe. Im Beitrag «Sehr mächtige Menschen in der US Regierung wollen den Krieg – So werden sie ihn verkaufen» schrieb ich:

Wir müssen verstehen, dass jene, die diesen Krieg wollen, absolut unnachgiebig sein werden. Das Verkaufen des Krieges wird nicht enden, bis sie genau das bekommen, was sie wollen. Das ist auch, was bei uns kritischen Geistern (Anm. kritischen Denkern) im Mittelpunkt stehen muss. Wir müssen sorgfältig alle unbewiesenen offiziellen Behauptungen analysieren und uns gegen alle Kriegstreiber wehren, denn wir wissen mit Sicherheit, dass es die Konzernmedien nicht machen werden. Wir müssen darauf vorbereitet sein, unsere Mitbürger über das, was geschieht, zu informieren, damit wir keinen billigen Verkaufstricks mit katastrophalen Konsequenzen zum Opfer fallen. Unglücklicherweise müssen wir auch auf mögliche Aktionen unter falscher Flagge durch den Tiefen Staat vorbereitet sein, falls die aktuelle Verkaufsstrategie auf taube Ohren trifft.

Amerika kann einen weltweiten Krieg eines solchen Ausmasses nicht gewinnen, wenn er auf falschen Gründen basiert und ohne überwältigende Unterstützung der Öffentlichkeit geführt wird. Diese Unterstützung existiert nicht. Wird dies ausreichend sein, um die Kriegsherren von der Umsetzung ihres teuflischen Planes abzuhalten? Es ist zu früh, um dies zu beurteilen, aber ich weiss sicher, sollten wir ohne triftigen Grund in eine globale Konfrontation gedrückt werden, dann wird es für uns nicht gut enden. Sollte das die Strasse sein, auf der wir in unserer verzwickten Lage weitergeführt werden, dann dürfen wir nie vergessen, wer die Täter sind und welche selbstsüchtigen Beweggründe hinter ihren Taten stehen.

Vier Monate später bekam der Tiefe Staat genau das, was er wollte. Trumps Schwäche wurde identifiziert und ausgenutzt und er wurde erfolgreich in die neokonservative Aussenpolitik hineinmanipuliert, wie auch schon George W. Bush und Barack Obama vor ihm. Ich habe die letzten Monate oft genau vor dem gewarnt, was gestern Abend passiert ist, nun aber ist die Nummer gegessen. Es gibt von nun an kein Zurück mehr.

Und kommt mir nicht mit diesem Blödsinn von wegen Trump spiele «4D-Schach». Trump ist ein brillanter Verkäufer und das war's auch schon. Intellektuell gibt es an Donald Trump nichts Besonderes, und er wird eines Tages als einer der unreflektiertesten aller Präsidenten eingeschätzt werden. Es gab eine gewisse Hoffnung, dass er das mit dem Nichtinterventionismus ernst meinte im Wahlkampf, allerdings ist diese Hoffnung an diesem Punkt nun tot. Trump ist ein sehr schwacher Mann, der verzweifelt nach Lob bei jenen sucht, die er vorgibt zu hassen.

Der Grund für diesen Artikel ist keine Analyse dessen, was gestern Abend passierte. Ihr alle habt die Nachricht mittlerweile mitbekommen. Meine Absicht ist vielmehr zu erklären, inwiefern sich dies auf die bevorstehenden Jahre auswirken wird. Ich glaube, der gestrige Luftschlag steht für den Anfang vom Ende des US-Imperiums.

Auch wenn die USA bereits während des ganzen Jahrhunderts einen inneren Niedergang erlebte, so ist Amerika international nach wie vor die Nummer Eins. Das macht Sinn für ein Imperium in seiner Endphase, da die satte und glückliche «Elite» sich nur noch mit Herrschaft und Macht beschäftigt, während es zu Hause zu erodieren und verrotten beginnt.

Trump gewann mit seinem «Amerika zuerst»-Mantra, in dessen Rahmen er versprach, das Wohl amerikanischer Bürger über geopolitische Abenteuer zu stellen. Nun aber wissen wir mit Sicherheit, dass er in das imperiale Denkgebäude manipuliert wurde und diese Rücksichtslosigkeit wird den Niedergang der USA auf der Weltbühne nur noch beschleunigen, wie auch jenen in der Heimat.

Wenn jemand 4D-Schach spielt, dann Russland. Russland ist derzeit absolut solide, da Putin trotz der Wirtschaftssanktionen, des Einbruchs des Rubels und dem Fall des Ölpreises überleben konnte. Putin steht noch immer und ist so mächtig wie nie. Nicht zu erwähnen die Tatsache, dass die UdSSR vor gerade einmal 30 Jahren völlig zusammenbrach und auseinanderfiel. Dieses Volk hat eine Menge durchgemacht. Gleichzeitig sind die USA im Vergleich dazu aussergewöhnlich fragil und schwach, ein Unterschied, der uns in den kommenden Jahren noch sehr bewusst werden wird. Ich sage das nicht mit Vor- oder Schadenfreude, es ist einfach nur so, dass ich die Lage in dieser Weise einschätze.

Nichts davon sagt, dass die russische Führung in irgendeiner Weise ein Haufen guter Leute wäre. Was ich vielmehr sage ist, dass sie tausendfach strategischer und intelligenter vorgehen, als die US-Führung.

Um dies aufzuzeigen, möchte ich einen meiner Artikel von 2014 anführen mit dem Titel «Die Spannungen zwischen den USA und Russland sind schlimmer als man meinen möchte – Bemerkungen von Aussenminister Sergej Lawrow». Hier ein paar Punkte daraus:

Es gibt zwei Gründe, weshalb ich denke, dass die folgenden Bemerkungen durch Aussenminister Sergej Lawrow äusserst wichtig sind:

Erstens, als jemand, der sehr viel seiner Zeit mit der Analyse und Kritik von destruktiven politischen Entscheidungen durch amerikanische «Anführer» verbringt, war ich schockiert, wie passgenau seine Beschreibung der US-Machtstrukturen auf mich wirkte. Er hat sie durchschaut und er versucht die Welt mehr oder weniger davor zu warnen, dass Amerikas Führung aus nicht viel mehr als machtrunkenen Kindern besteht. Ich stimme dem zu.

Zweitens beschreibt Lawrow den negativen Einfluss dieses Verhaltens auf die russische Psyche im allgemeinen. Er drückt seine Ablehnung darüber aus, dass die USA sich weiterhin als in einer unipolaren Welt befindlich sehen und versucht jedes Problem aus der Perspektive anzugehen, welche als die richtige erscheint. Lawrow macht sehr deutlich, dass Russland da nicht mitmachen wird. Ich denke auch nicht, dass die Russen bluffen, daher befinden wir uns in einer sehr gefährlichen Lage.

Gäbe es jemanden im US-Aussenministerium mit einer solchen Fähigkeit zur Introspektive und zum klaren Denken, dann könnten wir diese Situation sogar entschärfen. Hofft besser nicht darauf.

Es empfiehlt sich, den ganzen Eintrag mit allen von Lawrows Kommentaren zu lesen, da man erst dann versteht, wie ich zu dieser Schlussfolgerung komme.

Die US Führung ist ein absoluter Witz und wird in den kommenden Jahren das ganze Land an die Wand fahren. John McCain, Lindsey Graham, Chucky Schumer und Nancy Pelosi, soll das ein Scherz sein? Sie erinnern mich an George Armstrong Custer, und wir alle wissen, wie das ausgegangen ist.

Noch schlimmer sind die Medien. In dem, was Glenn Greenwald korrekterweise «eine der kranksten Sachen, die je im US Fernsehen gelaufen sind» bezeichnete, ergötze sich Brian Williams von MSNBC über die «Schönheit» fliegender amerikanischer Lenkraketen.

Ein weiteres Zeichen für den imperialen Zusammenbruch ist Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, der Krieg spielen darf.



7 Experten, 1 Jared Kushner

So etwas sieht man nicht in einer selbstbewussten, mutigen und zivilisierten Nation, es ist eher die Art von Sache, die man kurz vor dem Ende zu sehen bekommt. Es ist das Hohelied verbissener Kriegsgewinnler, von verlogenen

Feiglingen und einer völlig entkoppelten und sehr gefährlichen Medienlandschaft. Die Zeichen sind wirklich überall; der imperiale Niedergang wird sich in den kommenden Jahren stark beschleunigen.

Gut, wie aber wird das alles enden? Klar ist, niemand weiss das wirklich, aber ich denke, wir sind in eine neue Phase der amerikanischen Geschichte eingetreten. Ich halte es für den Moment der Überquerung des Rubikons für das amerikanische Imperium. Eine starke oder sichtbare militärische Antwort durch Russland erwarte ich in nächster Zeit nicht. Ich denke auch nicht, dass Putin den US-Medien und dem frischgebackenen Neokonservativen Donald Trump eine Ausrede geben will für etwas wahrhaft Verrücktes, was sie dann am Ende auf Russland schieben können, um die öffentliche Meinung zu drehen. Ich denke, Putin ist zu schlau dafür. Eher wahrscheinlich sind alle möglichen Bewegungen hinter den Kulissen, um die amerikanische Wirtschaftsmacht zu schwächen, während sie sich gleichzeitig mit ein paar kleinen Provokationen bemerkbar machen, um die Hirnamputierten im US-Aussenministerium zum Begehen weiterer Fehler zu bringen, dem sie dann auch mit Freude nachkommen werden.

Mit anderen Worten wird Russland versuchen, die USA tiefer in eine Region hineinzuziehen, in der keine wirklichen Erfolge möglich sind, während die amerikanische Wirtschaft weiter abschmieren wird. Die gegenwärtige sehr schwache wirtschaftliche «Erholung» dauert nun ein ganzes Jahrzehnt an. Dieser Zyklus steckt uns tief in den Knochen und alles, was Russland tun muss, ist, sich zurücklehnen, ein paar Aktionen hinter den Kulissen durchführen und darauf warten, bis die USA von selbst an ihrem Hochmut und ihrer Dummheit zu Grunde gehen. Genau das vermute ich, wird passieren.

Schliesslich sollte man auch das folgende nicht vergessen. Seit 9/11:

1. unablässiger Krieg
2. Zerstörung der US-Mittelschicht
3. Unendliche Bankenhilfen
4. Tod der bürgerlichen Rechte

Man kann sich auf mehr des obigen gefasst machen, nun da das US-Imperium in die zerstörerischste Phase seines Zusammenbruches eintritt. Man darf dabei nie vergessen, was das für einen selbst und seine Familie bedeutet und sollte sich entsprechend vorbereiten.

Im Original: Prepare for Impact – This is the Beginning of the End for U.S. Empire

Quelle: <http://krisenfrei.de/der-anfang-vom-ende-des-us-imperiums/>

Anne Wills gestrige Sendung: Die Verteidigungsministerin lügt, ohne rot zu werden, und der Experte mit den unbequemen Wahrheiten wird zum «Verschwörungstheoretiker» degradiert – so funktioniert Meinungsmache

10. April 2017 um 12:41 Uhr | Verantwortlich: Jens Berger

Veröffentlicht in: Audio-Podcast, Medienkritik, Militäreinsätze/Kriege, Strategien der Meinungsmache



Das war TV-Talk von seiner allerschlimmsten Sorte. Bereits in der Kurzvorstellung der Gäste der gestrigen Anne-Will-Sendung achtete die ARD darauf, die Glaubwürdigkeit des kritischen Nahostexperten Michael Lüders zu beschädigen. Anstatt als Experte wurde er schlicht als Politik- und Wirtschaftsberater vorgestellt. In der Sendung selbst wurde er dann auch gleich zum «Verschwörungstheoretiker» erklärt und von den drei geladenen Transatlantikern mit tatkräftiger Unterstützung der Talkmasterin unfair vorgeführt. Währenddessen plauderte sich Verteidigungsministerin von der Leyen mit ihren seltsamen Interpretationen zum Völkerrecht und dreisten Lügen zu Giftgasvorfällen in Syrien um Kopf und Kragen. Dies wurde ihr – wie kaum anders zu erwarten – nicht von der schlecht vorbereiteten und ohnehin komplett derangiert wirkenden Anne Will, sondern vom Linken-Politiker Jan van Aken vorgehalten. Der Rest: Desinformation in Reinkultur.

Anne Wills gestrige Sendung: Die Verteidigungsministerin lügt, ohne rot zu werden, und der Experte mit den unbequemen Wahrheiten wird zum «Verschwörungstheoretiker» degradiert – so funktioniert Meinungsmache.

Sicherlich kennen Sie John Kornblum. Der übergewichtige ehemalige US-Diplomat ist schliesslich Dauergast auf den Talkshow-Sesseln der Republik. Immer wenn es darum geht, die Sichtweise der USA auch offiziell zu vertreten, findet man offenbar nur Kornblum, der jedoch nie etwas wirklich Relevantes zur Debatte beizutragen hat. Kornblum wird nach alter Väter Sitte dabei stets als ehemaliger US-Botschafter in Deutschland vorgestellt. Wäre man kritisch und wollte man auf die persönlichen Interessen des Herrn Kornblum hinweisen, könnte man ihn freilich auch als Deutschland-Chef der Investmentbank Lazard vorstellen – diesen Posten hatte er immerhin von 2001 bis 2009 inne. Ferner sitzt Kornblum in zahlreichen transatlantischen Think Tanks und Aufsichtsräten der Industrie – z.B. in dem des Rüstungskonzerns Thyssen-Krupp – und Finanzwirtschaft. Nebenbei arbeitet Kornblum auch noch als Berater – u.a. für den Pharma-Multi Pfizer. Trotz dieser langen Liste von sicher sehr lukrativen Tätigkeiten wird Kornblum von der ARD jedoch als Diplomat vorgestellt; **Interessenkonflikte werden verschwiegen, die «Neutralität» nicht in Frage gestellt.**

Die Entdeckung vermeintlicher Interessenkonflikte

So gut hat es Michael Lüders nicht. Der Politik- und Islamwissenschaftler war zehn Jahre lang Nahost-Redakteur der ZEIT und gilt als ausgewiesener Experte für diese Region. In dieser Funktion ist er auch als Berater tätig – u.a. für das Auswärtige Amt, für die GTZ und das ehemalige Entwicklungshilfeministerium. Auch wenn es da sicher Interessenkonflikte geben könnte, ist die Spannung zwischen inhaltlicher Positionierung und wirtschaftlicher Tätigkeit bei Lüders viel geringer als bei den allermeisten Gästen deutscher Talkshows. Nichtsdestotrotz wurde Lüders bereits im Vorspann nicht als Nahostexperte, sondern als «Autor, Politik- und Wirtschaftsberater» vorgestellt. Gastgeberin Will setzte noch einen drauf und versuchte sich bei der persönlichen Vorstellung ihres Gastes mit folgender – von der Karte abgelesener – Erklärung:

«Wir haben Sie bewusst nicht als einen neutralen Nahostexperten vorgestellt, sondern als Autor, als Politik- und Wirtschaftsberater. Sie sind ein Geschäftsmann, der sein Wissen an Firmen weiterverkaufen will, die im Nahen Osten Geschäfte machen wollen. Spielen ihre wirtschaftlichen Interessen da eine Rolle, wenn Sie behaupten, dass es der Westen sei, der Syrien ins Chaos gestürzt hat?»

Kritisch, kritisch, Frau Will. Wann hat man eine solche Frage je von einem deutschen Talkmaster gehört? Aber warum stellt man diese Frage ausgerechnet Michael Lüders? Es wäre ja durchaus auch mal interessant zu wissen, welche persönliche wirtschaftliche Interessen John Kornblum und dessen Auftraggeber und Geschäftspartner haben. Und wenn es schon mal um die «Experten» geht. Warum entzieht Frau Will nicht den zahlreichen Renten-, Finanz- und Wirtschaftsexperten, die oft direkt in Diensten von Unternehmen mit klar definierten wirtschaftlichen Interessen stehen, ihren «Expertenstatus»? Warum weist man ansonsten nicht darauf hin, dass der vermeintlich neutrale und objektive Herr Professor sein Geld von Unternehmen bekommt, die ganz und gar eigennützige Interessen verfolgen? Das Problem der Interessenkonflikte bei Experten ausgerechnet an Michael Lüders öffentlich abzuhandeln, ist geradezu grotesk ... und genau deshalb so erfolgreich. Medien wie SPIEGEL Online übernehmen bereits den Terminus.

Offenbar soll an Michael Lüders ein Exempel statuiert werden. Lüders hat sich in den letzten Jahren immer wieder klar kritisch positioniert und verfolgt in seinen beiden letzten Büchern «Wer den Wind sät» und «Die den Sturm ernten» eine klare Linie. Lüders hinterfragt dabei die von den Transatlantikern erzählten Erklärungen über den Nahen und Mittleren Osten und deckt deren Widersprüche auf. Seine Version der Geschichte klingt klar anders und sollte vor allem für kritische Geister (Anm. kritische Denker) ein aufklärender Weckruf sein.

Vorhang auf für den Talkshow-Troll

Wer die Wahrheit sagt, braucht ein verdammt schnelles Pferd. Es ist sicher nicht wirklich überraschend, dass das Meinungsmacher-Establishment nun versucht, Michael Lüders Ruf zu desavouieren. Die Richtung gab bei Anne Will der bullige John Kornblum vor: «Verschwörungstheorien» seien es, die Lüders da verbreite, so Kornblum. Eine Begründung dafür blieb freilich aus. Und wer nun denkt, Anne Will hätte ihren Gast gegen diese Attacke unterhalb der Gürtellinie in Schutz genommen, der täuscht sich. Ganz im Gegenteil. Nicht das Opfer, sondern Täter Kornblum bekam von der ARD-Journalistin verbale Rückendeckung. Das nutzte der amerikanische Talkshow-Troll natürlich aus und erklärte dem Publikum dann auch gleich sein Glaubensbekenntnis: «Ihre Version, was im Nahen Osten passiert ist, ist natürlich so wunderbar geschliffen und so wunderbar antiamerikanisch und antiwestlich, dass sie gar nicht stimmen kann.» Anstatt eines Tuschs und eines Narrhallamarschs bekam Kornblum für derlei bemerkenswerten Unsinn von einigen wenigen, dafür umso lautstärkeren Zuschauern donnernden Applaus. Dass die Transatlantiker ihre Claqueure im Studio positioniert hatten, ist sicher auch nur so eine Verschwörungstheorie.

Und so ging es weiter. Vor allem das transatlantische Gästetrio von der Leyen, Kornblum und Wolffsohn spielte sich bei dem Generalangriff auf Lüders Glaubwürdigkeit immer wieder geschickt die Bälle zu. Er vertrete «eine Einzelmeinung», mal hiess es, man «kenne ja seine Thesen», mal kannte man gleich «seine Methoden». Und überhaupt – das seien ja die altbekannten Argumente «Syriens und Irans». Gern baute man dabei verbale Strohmänner auf, auf die man dann gemeinsam mit der Moderatorin einschlug. Dass Lüders diese Dinge nie behauptet hat, spielte dabei gar keine Rolle. In 1:4-Unterzahl konnte Lüders wenig ausrichten.

Ach Uschi, mach kein Quatsch

Neben dem schlimmen Lüders-Bashing hatte die gestrige Sendung jedoch noch einen zweiten «Handlungsstrang» – und zwar die Selbstdemontage der Verteidigungsministerin von der Leyen. Und dies wiederum ist vor allem dem fünften Gast zu verdanken – Jan van Aken von der Linkspartei, der vor seinem politischen Leben als Biowaffeninspekteur der Vereinten Nationen tätig war, hakte dankenswerterweise meistens dann ein, wenn Anne Will wieder einmal schlecht vorbereitet war und von der Leyen selbst offensichtliche Lügen durchgehen liess. Das musste heute selbst die WELT – die bekanntlich ja kein Freund der Linken oder Kritiker von von der Leyen ist – lobend anerkennen.

Jan van Aken konnte jedoch nicht überall sein und seine Redezeit hätte auch gar nicht gereicht, um alle Lügen der Verteidigungsministerin zu benennen. So kam es dann zu solchen Dialogen:

Von der Leyen: «[...] Die erste Sache ist die, dass nachweislich Assad 2013 bereits mit Giftgas seine Bevölkerung angegriffen hat.»

Will: «Das ist aber nicht erwiesen.»

Von der Leyen: «Das ist erweisen, weil es gab von den Vereinten Nationen und der Organisation zum Verbot der chemischen Waffen einen gemeinsamen Bericht, sehr akribisch dargelegt, der im August 2016 veröffentlicht wurde, in dem das eindeutig nachgewiesen worden ist.»

Will: «Es ging aber nicht darum, die Schuldfrage zu klären.»

Von der Leyen: «Nein, nein. Es ging darum, was das Nachvollziehbare ist. Das heisst, er hat einen Giftgasangriff gegen seine Bevölkerung geführt. Und er hat mit hoher Wahrscheinlichkeit auch jetzt in Idlib wieder einen Giftgasangriff geführt.»

An diesem Dialog ist von beiden Seiten so ziemlich alles falsch, was falsch sein kann. Dass Assad 2013 beim Giftgasangriff von Guta (um den es beim Dialog ging) Giftgas eingesetzt hat, ist eben nicht erwiesen. Erwiesen ist, dass Sarin eingesetzt wurde – vom wem, ist jedoch nach wie vor ungeklärt. Und genau das sagt auch die UNO. Doch ihr 38 Seiten starker Report bleibt bei der Frage des Verantwortlichen wohlweislich neutral. Dieser Bericht wurde jedoch im September 2013 – rund einen Monat nach dem Angriff – veröffentlicht. Von der Leyen spricht von einem Bericht aus dem August 2016. Und nun wird es völlig grotesk.

Denn der Bericht von den Vereinten Nationen und der Organisation zum Verbot der chemischen Waffen, den von der Leyen meint, hat mit den Angriffen aus dem Jahre 2013 überhaupt nichts zu tun. Stattdessen hat man neun verschiedene Giftgasangriffe aus den Jahren 2014 und 2015 untersucht. Und dabei kam man in genau drei Fällen zu Ergebnissen, die eine klare Täterschaft herleiten lassen: Bei zwei Vorfällen (Talmenes, April 2014 und Sarmin, März 2015) konnten die Ermittler Beweise finden, dass die syrische Armee Chlorgas eingesetzt hat. In einem weiteren Fall (Marea, August 2015) fand man Beweise für einen Senfgas-Angriff durch die Kämpfer des IS.

Dass es momentan keine Indizien oder gar Beweise dafür gibt, dass Assad hinter dem aktuellen Giftgasangriff von Idlib stehen könnte, erklärt sich von selbst. Es kann ja im Trubel des Alltags mal passieren, dass man ein paar Sachen vergisst oder falsch in Erinnerung hat. Aber Ursula von der Leyen benutzt diese Argumentationskette ja nicht, um bei einer bierseligen Diskussionsrunde Recht zu bekommen, sondern um einen offiziellen Casus Belli für eine deutsche Beteiligung an den völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen der USA in Syrien zu konstruieren. Das ist kein Geplänkel und kein Spiel, sondern bitterer Ernst. Und hier macht sich dann auch Anne Will schuldig. Man darf von der Leyen nicht mit solchen Lügen durchkommen lassen – auch dann nicht, wenn man «nur schlecht vorbereitet» ist.

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=37774>

G7-Treffen:

Giftgas-Vorfall bringt westliche Staaten wieder gehorsam auf Kurs gegen Assad*RT Deutsch; Di, 11 Apr 2017 14:32 UTC*

© Reuters

Bundesaussenminister Sigmar Gabriel mit Rex Tillerson auf dem G7-Aussenminister-Treffen.

Am Dienstag setzen die Aussenminister der sieben führenden westlichen Industrienationen ihre Beratungen im italienischen Lucca fort. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Situation in Syrien nach dem bis dato ungeklärten Giftgas-Vorfall in der syrischen Region Idlib.

Der Giftgas-Vorfall in Idlib bringt die Anti-Assad-Fraktion wieder auf Kurs. Der neue und alte Nenner lautet: Assad muss weg. Nach ihren Beratungen am Dienstag fordert die Industriestaatengruppe G7 von Russland nach Angaben Frankreichs eine stärkere Zusammenarbeit zur «Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien». Die Regierung in Moskau dürfe in ihrer Syrien-Politik «nicht scheinheilig sein und müsse ihre Verantwortung in dem Bürgerkriegsland annehmen», so Frankreichs Aussenminister Jean-Marc Ayrault am Dienstag nach Beratungen mit seinen Kollegen aus den G7-Staaten im italienischen Lucca.

Damit wird Russland erneut als Faktor dargestellt, der einer friedlichen Lösung des Syrien-Kriegs im Wege steht und nun endlich zur Vernunft kommen müsse, um dem barbarischen Treiben Assads ein Ende zu bereiten.

Die Staatengruppe sei einer Meinung, so heisst es offiziell weiter, dass Präsident Baschar al-Assad «nicht Teil der Zukunft Syriens» sein dürfe. Entscheidend sei es, als ersten Schritt einen Waffenstillstand unter Beobachtung der internationalen Gemeinschaft zustande zu bringen. **Dabei geht die Staatengruppe nicht darauf ein, dass unter Vermittlung Russlands in Astana bereits vor Wochen solch ein Waffenstillstand erreicht wurde.**

Befeuert auch durch den jüngsten Giftgas-Vorfall in Syrien und den völkerrechtswidrigen US-Angriff auf syrische Stellungen, fühlte sich Rex Tillerson während des Minister-Treffens dazu berufen, einen fundamentalen Kurswechsel in der US-Aussenpolitik zu verkünden.

Die Vereinigten Staaten würden sich dazu verpflichtet fühlen, nun wieder als globale Ordnungsmacht die Geschicke der Welt zu lenken: «Wir verschreiben uns wieder dem Ziel, jeden in der ganzen Welt zur Rechenschaft zu ziehen, der Verbrechen an Unschuldigen verübt», sagte Tillerson am Montag.

Die Drohung war natürlich nicht an die Adresse Washingtoner Politiker gerichtet, sondern laut Tillerson, neben Syrien, auch als Warnung an das kommunistische Nordkorea zu verstehen.

Neben den USA zählen die Staaten Frankreich, Deutschland, Italien, Grossbritannien, Japan und China zum erlauchten Kreis der sogenannten G7, nachdem Russland im Jahr 2014 aufgrund der Eingliederung der Krim in die Russische Föderation ausgeschlossen wurde.

Der bundesdeutsche Aussenminister Sigmar Gabriel nutzte derweil das Treffen der G7-Aussenminister, um im bisherigen Fakten-Vakuum erneut den syrischen Präsidenten Assad für den Giftgastod dutzender Menschen in der syrischen Region Idlib verantwortlich zu machen: «Der ist bereit, jede Art von Gewalt anzuwenden, um sein Ziel zu erreichen, an der Macht zu bleiben.»

Der erneute Giftgas-Vorfall im Kriegsland Syrien schweisst die westlichen Industrienationen wieder gegen den syrischen Präsidenten und Putin zusammen, nachdem die gemeinsame Front vor kurzem zu bröckeln drohte.

Noch vor wenigen Tagen lautete die aktualisierte US-amerikanische Syrien-Doktrin, dass Assad nicht mehr zwangsläufig von der Macht entfernt werden müsse, um einen Friedensprozess in die Wege zu leiten.

Doch auch angesichts der neuesten Entwicklungen scheint die selbsternannte Ordnungsmacht von einer klaren Syrien-Strategie noch weit entfernt. Darauf deutet auch mangelnde Abstimmung innerhalb der US-Regierung hin. So erklärte Aussenminister Tillerson den Kampf gegen den IS nach wie vor zur Priorität, während Nikki Haley, US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, wieder zum alten Syrien-Schlachtruf zurückkehrte.

Demnach habe der syrische Präsident Bashar al-Assad aufgrund seiner angeblichen «Grausamkeit gegen das eigene Volk» jedes Recht verwirkt, weiterhin an der Spitze des Staates zu stehen. Ein Regime-Wechsel müsse her. **Den Boden für diese 180-Grad-Wende der US-Doktrin bereitete ihre Emotionen weckende, aber vollkommen**

beweisfreie Präsentation vor dem UN-Sicherheitsrat, bei dem sie das «syrische Regime» eines Giftgas-Angriffs mit Kampfflugzeugen bezichtigte. Collin Powell hielt es im Jahr 2013 zumindest noch für notwendig, Fake-Beweise zu präsentieren, um den Angriffskrieg gegen den Irak zu legitimieren.

Die neue westliche Einigkeit rief auch den britischen Außenminister Boris Johnson auf den Plan. Demnach habe Russland nur eine Wahl: Entweder weiterhin das «giftige» syrische Regime zu unterstützen, oder: Mit dem Rest der Welt zusammenzuarbeiten, um eine Lösung für Syrien, eine politische Lösung, zu finden.

Dass sich die führenden westlichen Wirtschaftsnationen als Repräsentanten der Welt verstehen, zeugt dabei von einer Hybris, die wie im Fall des Giftgas-Angriffs in Syrien Beweise oder zumindest belastbare Indizien überflüssig zu machen scheint. Auch neue Russland-Sanktionen brachte Johnson ins Spiel, doch für diese gab es am Dienstag keine Mehrheit: «Derzeit gibt es keinen Konsens für neue Sanktionen als effektives Mittel, um unsere Ziele zu erreichen», so Italiens Außenminister Angelino Alfano.

Wirtschaftliche Vernunft scheint sich in diesem Fall gegen die irrationalen Vorwürfe und vermeintlich humanistisch motivierten Appelle an die Adresse Moskaus durchzusetzen. Anders als bei der Vorverurteilung Assads in Bezug auf den vermeintlichen Giftgas-Einsatz und den folgenden US-Luftangriff, scheinen neue gezielte Sanktionen konkreter Beweise zu bedürfen.

Demnach werde es keine Sanktionen gegen Russland und Syrien geben, solange es keine «harten und unumstößliche Beweise» für die syrische Verantwortung des Giftgas-Einsatzes gebe, bei dem 89 Menschen ihr Leben verloren. Nach dem fatalen und erneuten Giftgas-Vorfall in der Region Idlib passt dennoch kein Blatt mehr zwischen die Regierungen der westlichen Nationen in ihrem wertebasierten Streben danach, Syrien zu befreien. **Hätte es den zynischen und menschenverachtenden Giftgas-Vorfall nicht gegeben, man hätte ihn inszenieren müssen.**

Da darf auch Außenminister Sigmar Gabriel nicht fehlen, um sich nach dem Wind zu drehen: «Dass die Vereinigten Staaten jetzt mit einem Angriff gegen die militärischen Strukturen des Assad-Regimes reagiert haben, von denen dieses grausame Kriegsverbrechen ausging, ist nachvollziehbar.»

Diplomaten als Experten für chemische Kampfstoffe. Wozu braucht es da noch eine Untersuchung durch Experten, wie sie Russland nach dem Vorfall, bei dem unter anderem vier Kinder starben, umgehend forderte? Als Vertreter einer sogenannten politischen Lösung legte Gabriel nach. Auf dem G-7-Treffen erklärte er, dass nun alles getan werden müsse um: **Die Russen aus der Ecke der Unterstützung Assads herauszubekommen.**

Eindeutig Stellung im Fall der bisher nicht untersuchten und daher nicht bewiesenen Giftgas-Vorwürfe an die Adresse Damaskus bezog Gabriel, indem er sagte: «Man kann nicht an der Seite eines Regimes stehen, das ja nicht zum ersten Mal Giftgas gegen seine eigene Bevölkerung eingesetzt hat.»

Russland unterstützt Assad jedoch aus voller Überzeugung, da die Operationen des Westens und der Vereinigten Staaten als Ordnungsmacht bewiesen haben, welches Chaos sie im Namen der Freiheit und des Friedens hinterlassen. Der Irak, Afghanistan und Libyen sind da nur die jüngsten und prominentesten Beispiele der westlichen Devise: «Operation gelungen, Patient tot.»

An den am Dienstag begonnenen G7-Gesprächen zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem syrischen Präsidenten nahmen auch die außenpolitischen Vertreter Saudi-Arabiens, der Türkei, der Vereinigten Arabischen Emirate, Jordaniens und Katars teil. Auch ihnen ist Bashar al-Assad ein Dorn im Auge. **Der Schulterchluss mit den Führungsnationen der westlichen Wertegemeinschaft kann nur darauf hindeuten, dass diese die fortgesetzte Unterstützung religiös verbrämter Terrorgruppen in Syrien mittragen.**

Tillerson wird nach dem G7-Treffen weiter nach Moskau reisen und dort am Mittwoch mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammentreffen. Der erhobene moralische Zeigefinger des US-Topdiplomaten dürfte dort auf wenig Verständnis stossen.

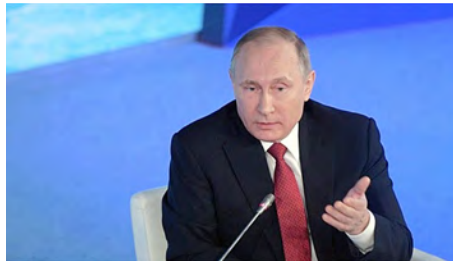
Quelle: <https://de.sott.net/article/29062-G7-Treffen-Giftgas-Vorfall-bringt-westliche-Staaten-wieder-gehorsam-auf-Kurs-gegen-Assad>

Wladimir Putin:

Vorfall in Idlib war False-Flag-Operation, weitere werden vorbereitet

11.04.2017 • 14:58 Uhr

Russland verfügt über Informationen, dass in Syrien weitere Provokationen mit C-Waffen vorbereitet werden. «Wir haben Informationen aus diversen Quellen, dass derartige Provokationen – anders kann ich das nicht nennen – in anderen Regionen Syriens vorbereitet werden», so der russische Präsident Wladimir Putin in einer Pressekonferenz am heutigen Dienstag.



Quelle: Sputnik

Wladimir Putin: Vorfall in Idlib war False-Flag-Operation, weitere werden vorbereitet

Russland verfügt über Informationen, denen zufolge ein ähnlicher Vorfall wie in Idlib vorbereitet wird, sagte Putin. Ein potentiell Ziel seien Vororte von Damaskus. Die Vereinigten Staaten hatten der syrischen Regierung vorgeworfen, in der Region Idlib chemische Waffen eingesetzt zu haben. Damaskus dementierte die Vorwürfe. «Wir haben Berichte aus mehreren Quellen, dass False-Flag-Operationen wie diese – und ich kann es nicht anderes nennen – in anderen Regionen von Syrien vorbereitet werden, einschliesslich der südlichen Vororte von Damaskus. Sie planen, dort Chemikalien zu benutzen und der syrischen Regierung einen Angriff vorzuwerfen», erklärte Putin auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem italienischen Präsidenten Sergio Mattarella. Obwohl es noch keine unabhängige Untersuchung des Vorfalls gab, feuerte die US-Armee in der Nacht zum Freitag mehrere Dutzend Raketen auf eine syrische Luftbasis.

«Präsident Mattarella und ich haben den Angriff besprochen, und ich sagte ihm, dass mich das sehr an die Ereignisse von 2003 erinnert, als US-Vertreter während einer UN-Sicherheitsratssitzung die angeblich im Irak gefundenen Chemiewaffen vorführten. Anschliessend wurde die militärische Kampagne im Irak gestartet und es endete im Ruin des Landes, des Zuwachses der terroristischen Bedrohung und des Auftritts des Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates) auf der Weltbühne», fügte er hinzu.

Auch der russische Generalstab warnte vor einer False-Flag-Operation. Ihm zufolge transportieren Terrorgruppen giftige Stoffe in mehrere Regionen Syriens.

Am Dienstag hatten al-Kaida-nahe Rebellen die syrische Luftwaffe für einen angeblichen Chemiewaffenangriff in Idlib verantwortlich gemacht. Insgesamt 80 Menschen starben und 200 weitere wurden verletzt. Die syrische Regierung argumentiert, dass sie keine Chemiewaffen mehr besitzt, nachdem sie sich 2013 mit den Vereinten Nationen darauf geeinigt hatte, diese zu zerstören. Damaskus dementierte vehement, chemische Kampfstoffe gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt zu haben.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/newsticker/49041-wladimir-putin-vorfall-in-idlib/>

Bloggerin und Autorin kritisiert: «Auch ‹Die Zeit› fördert Stasi-Methoden im politisch korrekten ‹Kampf gegen Rechts›»

Von Sonja Ozimek; Aktualisiert: 11. April 2017 16:38

Im Kampf gegen vermeintliche Rechtsextreme in Deutschland ruft die Gewerkschaft zur gegenseitigen Bespitzelung und Denunzierung auf. Webseiten veröffentlichen unbehelligt Anleitungen dazu, wie man einen unlieb-samen Nachbarn aus der Wohnung mobbt. Im Kampf gegen die angeblichen ‹Rechten› ist in der Bundesrepublik anscheinend jedes Mittel erlaubt.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, kurz ver.di genannt, sorgte unlängst mit einer Aufforderung zur gegenseitigen Bespitzelung und Denunzierung für Aufsehen.

«Es kommt darauf an, immer ein offenes Ohr und ein offenes Auge dafür zu haben, was die Kollegen/Kolleginnen umtreibt bzw. was sie so reden, was sie berührt und wo sich etwas verändert ...», so der Verband, der rund zwei Millionen Menschen aus rund 1000 Berufen vereint.

Unter dem Motto ‹Gemeinsam sind wir stark› setzt sich die Gewerkschaft für die Belange der Arbeitnehmer ein und auch, wie kürzlich auf der Homepage von ver.di des Landesbezirks Niedersachsen und Bremen entdeckt, für eine richtige Vorgehensweise gegen ‹Rechtspopulisten, AfDlern und Rechtsextremisten› im eigenen Betrieb. Die Empörung über die Bespitzelungs- und Aktionsanleitung von ver.di ist gross. Die AfD Baden-Württemberg erstattete sogar Strafanzeige gegen den Verband.

Mobbingleitfaden im Netz – gegen vermeintliche Rechte ist alles erlaubt

Doch offenbar gibt es schon seit Jahren einen Mobbingleitfaden in Netz – gegen ‹Rechtsextreme›. Im ‹Netz gegen

Nazis» kann sich der besorgte Bürger genau informieren, wie gegen den mutmasslich rechten Nachbarn vorzugehen ist.

Das Projekt wurde von der Wochenzeitung «Die Zeit» im Jahre 2008 gegründet und finanziert. Betrieben wird die Plattform von der Amadeu Antonio Stiftung.

In einem «Welt»-Bericht hiess es damals: «In der vergangenen Woche startete die «Zeit» das aufwendige Internetportal «Netz gegen Nazis», das über Rechtsradikalismus informiert. Die Wochenzeitung hat es in Kooperation mit dem ZDF und grossen Sportverbänden finanziert. Sie kündigte es auf ihrer Titelseite an, auch das «heutejournal» berichtete prominent.»

Der Verleger Stefan von Holtzbrinck soll der Zeitung zufolge den Anstoss zum Projekt gegeben haben. «Zeit»-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo setzte die Idee um.

«Die Welt» schrieb weiter: «Die neue Internetseite «richtet sich an Menschen, die mit Rechtsradikalismus in Berührung kommen, in Sportklubs, Feuerwehren oder Schulen, also an das Vereins- und Alltagsleben», erklärt Projektleiter Moritz Müller-Wirth. Di Lorenzo sagte zum Start, man wolle «richtig klotzen.»»

Bloggerin und Autorin schreibt «Zeit»-Chefredakteur offenen Brief

«Ob «richtig klotzen» nun bedeutet, den ideologischen Feind – in diesem Fall vermeintliche Nazis und Rechts-extreme – zu vernichten, und zwar in seiner sozialen und persönlichen Existenz, könnte man durchaus vermuten,» kritisiert Ines Laufer die Aussage von di Lorenzo auf ihrer Webseite «Meinungsfreiheit».

Zudem schrieb die Bloggerin und Autorin dem Chefredakteur der Wochenzeitung einen offenen Brief:

Sehr geehrter Herr di Lorenzo,

das Projekt «Netz gegen Nazis», das von Ihrer Zeitung gegründet und finanziert sowie von der Stiftung der Ex-Stasimitarbeiterin Anetta Kahane betrieben wird, veröffentlicht bereits seit längerem eine Anleitung, wie der vermeintlich rechtsextreme Nachbar am effektivsten aus seiner Wohnung gemobbt werden kann.

Zum einen wird dort erläutert, wie der «rechtsextreme Nachbar» zu identifizieren ist, z.B. über Kleidung oder Musikgeschmack, wobei die Definition, was denn genau mit «rechtsextrem» gemeint sei, (absichtlich?) schwammig gehalten wird.

Zum anderen erhalten die Leser konkrete Handlungsempfehlungen, wie der «rechtsextreme Nachbar» zu beobachten ist, wie juristisch gegen ihn vorzugehen ist, wie die anderen Mieter – die «womöglich gar nicht realisiert haben, wer gerade gegenüber ihnen eingezogen ist» – für gemeinschaftliches Mobbing gewonnen werden können und wie schliesslich die Wohnungskündigung des Nachbarn erreicht werden kann.

«Dieser Artikel beinhaltet alle Versatzstücke der Stasi Zersetzung, die in dem ver.di-Werk zu finden sind: Identifizieren, isolieren, outen, konzertiert bekämpfen, Leumund zerstören, beseitigen. Es ist ein beeindruckendes Dokument eines hysterischen Menschenhasses, das Gewissenlosigkeit und Vorurteil zu Tugenden erheben will.» (Quelle: Sciencefiles) Von Ihnen, Herr di Lorenzo, wüsste ich nun gerne, wie eine solche Handlungsanleitung vereinbar ist mit dem selbst-erklärten Auftrag als liberale Wochenzeitung, dem sich «Die Zeit» angeblich verpflichtet fühlt.

Wie geht das konform mit Ihrem verlautbarten Anspruch, «nicht agitieren, sondern informieren» und mit der Förderung von «Demokratie, Toleranz und Pluralismus in der gesamten Gesellschaft?»

Wie kommt es, dass Sie zugunsten einer solch geradezu paranoiden Indoktrination von Menschen das Credo von Hanns-Joachim Friedrichs, «Ein Journalist darf sich mit keiner Sache gemein machen, auch nicht mit einer guten Sache,» so leichtfertig über Bord werfen?

Ich freue mich auf Ihre Antwort und verbleibe mit freundlichen Grüssen

Ines Laufer, Bloggerin und Autorin

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/bloggerin-und-autorin-kritisiert-auch-die-zeit-foerdert-stasi-methoden-im-politisch-korrekten-kampf-gegen-rechts-a2093458.html>

Wir schaffen Was?

11. April 2017; von Jürgen Koch

Im Folgenden eine Einschätzung und das Plädoyer eines nordrheinwestfälischen DAZ-Lehrers (Deutsch als Zweitsprache) über den Bildungsnotstand bei Schülern mit Migrationshintergrund in Zeiten der Flüchtlingskrise. Damit Integration im Ansatz gelingen kann, müssen wir zuallererst die These der Kanzlerin «Wir schaffen das» (1), in die Reichweite des objektiv Möglichen rücken! Um konstruktiv bestmögliche Lösungen für alle Schüler

und das Lehrpersonal zu erreichen, wäre es aber nötig, jenseits von Ideologien und ohne Denkverbote Probleme zu benennen und Chancen aufzuzeigen.

Gut gemeint bedeutet nicht automatisch gut gemacht und ist nicht immer zielführend.

Fast täglich wiederholen Politik und Medien das Mantra über die Notwendigkeit vom Erlernen der deutschen Sprache als eine der Schlüsselqualifikationen für ein Gelingen von Integration und Teilhabe. Aber ist es realistisch, mit den derzeitig vorhandenen Akteuren und Mitteln, diese immense integrative Herausforderung, als Folge der fehlgeleiteten Flüchtlingskrise, zu schultern?

Zwischen Kompetenz- und Anspruchsniveau

Neben naturgemäss nicht oder nur rudimentär vorhandenen Sprachkenntnissen in deutscher Sprache lässt sich aktuell bei den neuzugewanderten Schülern, verglichen mit gleichaltrigen, einheimischen deutschen Schülern, ein erhebliches Defizit im Bildungsniveau feststellen. Das vielfach angeführte Sprachdefizit stellt dabei nur einen sekundären Nachteil dar. Viel gravierender und folgenschwerer sind offensichtlich grundlegende kognitive und Kompetenzschwächen in fast allen(!) Regelfächern. Festzustellen ist ein Kompetenzunterschied, der nach ersten belastbaren Messungen und Beobachtungen im Schnitt etwa bis zu 3 Schuljahren im Vergleich zu den einheimischen, muttersprachlich deutschen Schülern entspricht. Dieser Befund trifft vor allem auf Schüler aus Teilen des Balkans wie Albanien und dem Kosovo, den Krisenländern des Nahen und Mittleren Ostens wie dem Irak und Afghanistan sowie den Maghrebstaaten zu. Das geringe Bildungsniveau in den bunt zusammengewürfelten DAZ-Klassen spiegelt sich in fast allen Haupt- und Nebenfächern wider. Durch die mühsame und zeitraubende Vermittlung von Basiswissen (Grundrechenarten, Grammatik, Lese- und Schreibkompetenz) bleibt solides Fachwissen zum Lösen komplexer, dem Alter entsprechender Aufgaben auf der Strecke. Funktioneller Analphabetismus und das damit verbundene Nichtlesenkönnen als Massenphänomen ist in den sogenannten «Willkommensklassen» eine nicht zu leugnende Tatsache.

Die Realität in den «Willkommensklassen» spiegelt nicht die tendenziös positiv gefärbte offizielle Darstellung der politisch Verantwortlichen und der Medien wider, nach der wir es vorgeblich überwiegend mit Kindern und Jugendlichen aus Akademikerfamilien zu tun hätten, die die Notwendigkeit von Bildung erkennen und Angebote ambitioniert nutzen würden. Vielfach und überwiegend stammen die Schüler, entgegen allen offiziellen Verlautbarungen, aus bildungsfernen Schichten mit völlig diametralen Wertestrukturen und Mentalitäten. Dass die aktuelle Flüchtlingsbewegung zukünftig zur Lösung des demografischen Problems und der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen würden, ist eine Legendenbildung, die einem illusionären, gutmenschlichen Wunschdenken entspricht. Für die meisten «Flüchtlinge» wird aufgrund der beschriebenen Defizite eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt versagt bleiben, und ein dauerhaftes Verharren in den sozialen Sicherungssystemen ist somit vorprogrammiert.

Im derzeitigen Schulalltag sind Aufmerksamkeitsdefizite, Apathie, mangelnde Disziplin und Ehrgeiz nicht zu leugnende Realitäten bei der überwiegenden Mehrzahl, der im Zuge der aktuellen Flüchtlingskrise immigrierten Neuankömmlinge.

Darüber hinaus wird die gesetzlich vorgeschriebene Anwesenheitspflicht in der Schule vielfach einfach unterlaufen. Selten wird, wenn überhaupt, dieser Verstoss gegen das Schulgesetz aus Mangel an Durchsetzungswillen und Personal sanktioniert.

Natürlich verbieten sich auch hier Pauschalurteile, und jeder Einzelfall verdient eine differenzierte Betrachtung, aber zwischen Kompetenz- und Anspruchsniveau klafft eine nicht zu übersehende Lücke.

«Mindestens fünfzig Prozent sind entweder stark verhaltensauffällig oder haben solche Schwierigkeit den Lernstoff aufzunehmen, dass sie eigentlich eine besondere Betreuung bräuchten.» (2)

In Zeiten von Inklusion und der Auflösung von Kompetenzzentren ist ein bildungspolitischer Richtungswechsel unabdingbar, um den Herausforderungen der Flüchtlingskrise begegnen zu können.

Inklusion und Flüchtlinge lassen Lehrer verzweifeln, denn sie werden in NRW von der rot-grünen Landesregierung im Regen stehen gelassen.

«(...) «sonderpädagogische Förderung gemäss § 20 Absatz 5 Schulgesetz NRW» endet mit Ablauf des Schuljahres 2013/2014.» (3)

Jüngste Forderungen nach einer (vorübergehenden) Absenkung der Standards in Bildung und Ausbildung (Thomas de Maizière) (4) können nicht zielführend sein, und führen zwangsläufig zu einer weiteren Verflachung des Bildungsniveaus und verminderten Chancen für eine erfolgreiche Integration in den europäischen Arbeitsmarkt.

Zudem wird durch de Maizières abwegige Forderung die Innovationsfähigkeit der heimischen Wirtschaft in Konkurrenz zum globalen Arbeitsmarkt erheblich geschwächt und die Gesellschaft somit weiter gespalten. Die davon betroffenen Migrantengruppen werden zwangsläufig die technische und kulturelle Komplexität des Aufnahmelandes weniger erfolgreich bewältigen können als die einheimische Bevölkerung (5), und meine Befürchtung für die Zukunft ist, dass diese ihre Erfahrungen als Diskriminierung mit entsprechendem sozialem Konfliktpotenzial deuten könnten.

«Durch Migration steigt die oft positiv bewertete Diversität. Auf gesellschaftlicher Ebene hängt höhere Diversität aber mit mehr Einkommensungleichheit, Staatsfragilität, höheren Verbrechensraten und weniger Vertrauen zusammen.» (5)

Auch divergierende religiös-kulturelle Auffassungen und Markierungen, als Abbild der unterschiedlichsten soziokulturellen (Immigrations-)Hintergründe zwischen den Immigrantengruppen, erschweren ein erfolgreiches gemeinsames Miteinander und stellen schon heute ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotenzial sowie eine Belastung des Schulbetriebs dar.

Entgegen aller Beteuerungen seitens der Verfechter eines multikulturellen Gesellschaftsmodells sind ethnisch und altersmässig gemischte, mit religiös-vormodern sozialisierten Migranten- bzw. Flüchtlingskindern zusammengewürfelte «Willkommensklassen» kein zukunftsweisendes Erfolgsmodell. Das vielfach beschworene Mantra seitens der politisch Verantwortlichen über den Erwerb der deutschen Sprache als Garant für eine erfolgreiche Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt greift da viel zu kurz und stellt nur eine Dimension der Herausforderungen dar.

Ein Versäumnis der rot-grünen NRW-Landesregierung liegt darin, dass weder Handlungsanweisungen über den Umgang mit Flüchtlingskindern in den Schulen noch die Bildungsziele klar definiert sind.

«Die Frage, wie neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im Bildungssystem aufgenommen werden können, ist jahrelang vernachlässigt worden. Jetzt fehlen die nötigen Informationen, Konzepte sind in Vergessenheit geraten.» (7)

Die Aussage des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums unter Federführung von Frau Löhrmann, dass für alle Flüchtlingskinder entsprechende dauerhafte DAZ-Plätze in den Regelschulen bereitgestellt werden, entspricht nicht dem aktuellen tatsächlichen Bedarf. Vielmehr wird an den Schulen eine Art Mogelpackung nach Rotations-Prinzip praktiziert mit einem viel zu kurzen Aufenthalt der Schüler in den DAZ-Klassen. Geplant ist nach jüngsten Verlautbarungen aus dem Ministerium, dass die Neuankömmlinge demnächst direkt in die Regelklassen eingegliedert werden sollen, was das Bildungsniveau insgesamt dramatisch absinken lässt und ein geregelter Unterricht dann kaum noch möglich sein wird.

Das ganze genannte Szenario spiegelt eine Praxis wider, die dem akuten Lehrermangel und einem bildungspolitischen Blindflug der politisch Verantwortlichen geschuldet ist und keineswegs den bildungspolitischen Herausforderungen der Zeit und einer nachhaltigen Wissensvermittlung gerecht wird. Die von Frau Löhrmann angekündigten 300 zusätzlichen DAZ Lehrer für NRW in 2016 (6) können angesichts der Krise lediglich nur als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein angesehen werden.

«Bei rund 325 000 Schülern unter den Asylbewerbern würden aktuell über 20 000 Lehrer mehr benötigt.» (7)

Des Weiteren werden die Massnahmen in den DAZ-Klassen der Regelschulen mit Lehrkräften bestritten, die im Vergleich mit ihren verbeamteten Kollegen mit finanziell und sozial deutlich schlechter abgesicherten Arbeitsverträgen ausgestattet sind und vielfach nur temporär beschäftigt werden. Die nach den Vorgaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) organisierten und von freien Trägern ausgeführten Integrationskurse werden laut einer Pilotstudie des GEW zu 90% von Beschäftigten mit prekären Honorarverträgen, also ohne jegliche soziale Absicherung für die Lehrkräfte durchgeführt (8). Hier produzieren akademisch gebildete, aber prekär Beschäftigte, ein weiteres, neues Prekariat mit Migrationshintergrund.

Versagen des Staates und der sogenannten Eliten

Die Aussage der Kanzlerin «Wir schaffen das» ist vor diesem Hintergrund blanker Zynismus! Diese ohne Parlamentsbeschluss herbeigeführte gesellschaftliche Krise mit ungeahnten Folgen für die Aufnahmegesellschaft auf dem Rücken von Ehrenamtlichen und prekär Beschäftigten durchzupeitschen, ist ein Offenbarungseid. Neben dem Versagen der verantwortlichen Eliten in den Krisenländern, welche die Chancenlosigkeit der Menschen in Sachen Bildung und Zukunftsplanung und neben Krieg auch die ethnisch-religiös motivierte Vertreibung zu verantworten haben, gesellt sich nun, falls wir nicht entschieden gegensteuern, eine zweite, hausgemachte sozial- und gesellschaftspolitische Krise ungeahnten Ausmasses hinzu.

(1) <http://www.faz.net/aktuell/politik/angela-merkels-sommerpressekonferenz-13778484.html>

(2) <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13437242/So-chaotisch-geht-es-an-deutschen-Schulen-zu.html>

- (3) <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Inklusion/Rechtliches/Kompetenzzentren/index.html>
- (4) http://www.focus.de/politik/videos/chancengleichheit-im-bildungssektor-de-maiziere-sagt-wegen-fluechtlingen-muessen-wir-die-bildungsstandards-in-deutschland-senken_id_5067524.html
- (5) Prof. Heiner Rindermann, Professor für Pädagogische und Entwicklungspsychologie in Chemnitz im Focus 43/2015, S. 42.
- (6) <http://www.derwesten.de/politik/nrw-stellt-300-neue-lehrer-fuer-fluechtlingskinder-ein-id10051477.html>
- (7) <http://www.news4teachers.de/2015/10/fluechtlingskinder-die-schulen-benoetigen-lehrer-und-fachliches-know-how-doch-bei-der-kmk-regiert-das-chaos/>
- (8) *jungle-world.com* – Archiv -20/2006 – Dossier – Abwärts immer
<http://www.hintergrund-verlag.de/texte-kapitalismus-juergen-koch-wir-schaffen-was.html>
- Quelle: <http://www.journalistenwatch.com/2017/04/11/wir-schaffen-was/>

Globale Staatsverschuldung 2017 so hoch wie nie

11. April 2017 aikos2309

Viele Kredite können nicht zurückgezahlt werden! In diesem Jahr wird die Verschuldung aller Staaten dieses Globus trotz Null und Niedrigzinsen auf einen neuen Rekordwert klettern: 46,5 Billionen US-Dollar (europäische Billionen!). Die Zahl sieht so aus: 46 500 000 000 000! Unvorstellbar.

Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) kokettiert bei seiner Finanzpolitik gerne mit der sogenannten «schwarzen Null». Damit will er unter Beweis stellen, dass es ihm gelingt, die Neuverschuldung des Staates zu verhindern. Dabei «vergisst» er stets zu erwähnen, dass jeder Bundesbürger umgerechnet rund 26 000 Euro öffentlicher Schulden trägt (über zwei Billionen Euro insgesamt). Die Staatsverschuldung der Bundesrepublik liegt seit Jahren stabil bei etwa 70 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt.

Wesentlich dramatischer hingegen sind die Zahlen aus anderen Industrienationen. Die USA werden in diesem Jahr die Folgen ihrer langjährigen Auf-Pump-Politik zu spüren bekommen. Vermutlich wird die Staatsverschuldung am Ende des Jahres die 20-Billionen-Marke übersprungen haben; das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von umgerechnet knapp 60 000 Euro (Ende des 100 Jahre dauernden Schuldensuperzyklus ist überreif).

Noch bedenklicher sind die Zahlen aus Japan. Dort beträgt die Steuerlast pro Bürger, egal ob Säugling oder Greis, umgerechnet 82 000 Euro. Japans Staatsverschuldung beläuft sich auf unglaubliche 248 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt.

Zum Vergleich: Die Quote des quasi zahlungsunfähigen Griechenland beträgt «nur» 177 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt.

Derartige Zahlen sind unvorstellbar und in der Regel nicht mehr als Statistiken. Es wird keinen Kontoauszug geben, auf dem ein entsprechender Soll-Wert aufgeführt wird. Und in der Regel spüren die Endverbraucher derartige Belastungen auch nicht. Problematisch wird es aber dann, wenn das Vertrauen der anderen Staaten innerhalb des globalen Marktes in eine Staatswirtschaft abhanden kommt.

Dann gibt es keine neuen Kredite mehr, es werden keine neuen Verträge abgeschlossen und die Menschen im Land sind auf ihre eigenen Produkte angewiesen. Knappe Güter werden schnell immer teurer, die Inflation steigt und der Staat sieht sich gezwungen, die Geldmenge zu regulieren. So wie in Griechenland vor gar nicht all zu langer Zeit.

Solche oder ähnliche Regierungsentscheidungen stossen meist auf wenig Verständnis bei den Bürgern. Nicht selten führen wirtschaftliche Schröglage zu Unruhe, Instabilität und hin und wieder auch zu offenem Aufruhr; wenn nicht sogar zu einer Revolution, einem Staatsstreich oder der Etablierung eines totalitären Regimes.

Literatur:

2018 – *Deutschland nach dem Crash: Was Politiker nicht erzählen & wie Sie trotzdem Ihr Vermögen retten!* von Guido Grandtv

Kapitalfehler: Wie unser Wohlstand vernichtet wird und warum wir ein neues Wirtschaftsdenken brauchen von Matthias Weik

Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen: Der Weg in die totale Kontrolle von Norbert Häring

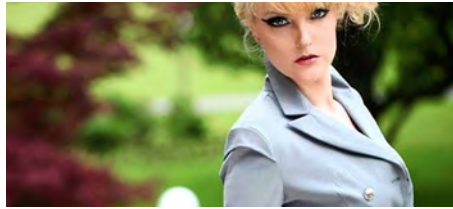
Quelle: <http://www.pravda-tv.com/2017/04/globale-staatsverschuldung-2017-so-hoch-wie-nie/>

Silvana Heißenberg im Exklusivinterview: «Mir verbietet keiner den Mund!»

4. April 2017 - 9:00

Sie ist eine europaweit bekannte Schauspielerin und Model. Zuletzt war sie in Serien wie «Einsatz in Köln» oder «Auf Streife» bei den Sendern RTL und Sat 1 zu sehen. Allerdings nur so lange, bis sie anfang, Kritik am etablierten politischen System zu üben. Ihre Aufträge fielen aus, sie war einem regelrechten Druck von Links ausgesetzt und

musste um ihre Existenz bangen. Silvana Heißenberg hat aber Mut genug, trotzdem den Mund aufzumachen und Kritik an der Zuwanderungspolitik, Kanzlerin Angela Merkel und den Zuständen in Deutschland zu üben.



*Die Schauspielerin Silvana Heißenberg lässt sich vom linken Gesinnungsterror nicht einschüchtern.
Foto: Silvana Heißenberg*

Sie ist eine europaweit bekannte Schauspielerin und Model. Zuletzt war sie in Serien wie «Einsatz in Köln» oder «Auf Streife» bei den Sendern RTL und Sat 1 zu sehen. Allerdings nur so lange, bis sie anfang Kritik am etablierten politischen System zu üben. Ihre Aufträge fielen aus, sie war einem regelrechten Druck von Links ausgesetzt und musste um ihre Existenz bangen. Silvana Heißenberg hat aber Mut genug, trotzdem den Mund aufzumachen und Kritik an der Zuwanderungspolitik, Kanzlerin Angela Merkel und den Zuständen in Deutschland zu üben. *unzensuriert.de* gab sie ein exklusives Interview.

Viele Politiker würden die berechtigten Ängste der Bevölkerung, gerade von Mädchen und Frauen nicht verstehen wollen und stattdessen absurde Ratschläge geben, man solle «eine Armlänge Abstand halten» und «Bändchen & Laufschuhe» gegen sexuelle Übergriffe von «Geflüchteten» tragen, glaubt Heißenberg. Merkel meine, dass auch «Blockflötenspielen» hilfreich sei. Dieser unmenschliche Hohn sei der Schauspielerin zu Folge gar nicht in Worte zu fassen. «Politiker sind nur die Angestellten des Volkes und haben ausschliesslich die Interessen ihres Volkes zu vertreten und von sonst niemandem.»

Auf Facebook zeigt sich die Schauspielerin weiterhin kämpferisch: «Verschliesse ich meine Haustüre, weil ich die Menschen draussen hasse? Nein! Ich verschliesse sie, weil ich die Menschen drinnen liebe, sie mir wichtig sind, und ich sie schützen möchte. Aus diesem Grund haben Türen Schlösser und Staaten Grenzen.»

Frau Heißenberg, wie kam es dazu, dass Sie sich öffentlich zur derzeitigen politischen Lage äussern?

Ich hatte mich bislang sehr wenig für Politik interessiert, aber als eine Frau Merkel plötzlich und ohne Grund, Ende 2015, die gesamten europäischen Grenzkontrollen ausser Kraft setzte und alle Menschen aus muslimischen Ländern zu uns nach Europa einlud, denn der Krieg in Syrien dauerte ja schon über 4 Jahre an, beschäftigte ich mich sehr intensiv mit der aktuellen Regierungs- und Asylpolitik.

Millionen Menschen, zum überwiegenden Teil nur Männer im wehrfähigen Alter, strömten nach Merkels Einladung unaufhaltsam nach Europa. Es waren ja nicht nur Syrer, sondern diese Menschen kamen aus verschiedenen arabischen und afrikanischen Ländern zu uns.

Ich habe absolutes Verständnis dafür, dass man Kriegsflüchtlingen, die um ihr Leben und das Leben ihrer Kinder bangen müssen, helfen muss. Vor Ort hätte man besser helfen können und müssen.

Gab es einen ausschlaggebenden Moment für Sie, sich politisch zu äussern?

Immer wieder baten mich meine Fans darum, doch bitte einmal öffentlich Stellung zu diesem «Asylwahnsinn» zu beziehen, aber ich hielt mich zurück. Als jedoch in der Silvesternacht 2015/2016 massenhaft Frauen, durch Merkels Gäste, vorwiegend in Köln, belästigt und vergewaltigt wurden, täglich neue Straftaten von den «Geflüchteten» begangen wurden, platzte mir endgültig der Kragen. Denn zu diesen Geschehnissen konnte und wollte ich nicht länger schweigen.

Was waren die ersten Reaktionen auf die mutigen Ansprachen im Internet zu der misslungenen politischen Vorstellung in Deutschland und Europa?

Die positive Resonanz war sehr gross. Mir wurde täglich in unzähligen Nachrichten dafür gedankt, dass ich regelmässig Informationen über weitere Gesetzesbrüche der regierenden Politiker, über die milden Justizurteile, wenn es um muslimische Straftäter geht, und über tägliche neue «Einzelfälle» dieser «Geflüchteten» postete.

Wer über sieben sichere Länder hinweg «flüchtet», um in das gelobte Land zu gelangen, wo es die höchsten Sozialleistungen gibt, sich nicht an die Gesetze, Kulturen, Religionen, Werte des Gastlandes hält und anpasst, ist kein Kriegsflüchtling, sondern Deserteur und Wirtschaftsmigrant.

Einzelne verliessen meine Facebook-Liste mit den Worten: «Mit braunem Pack, mit Rechten, mit Nazis, möchte ich nichts zu tun haben.» Von 5000 Leuten verliessen also ca. 100 meine Liste.

Was geschah in Folge? Wie betroffen ist Ihre berufliche Zukunft?

Ca. ein Jahr lang geschah gar nichts, im Gegenteil. Auch in den Pausen während meiner Dreharbeiten sprach ich dieses «Flüchtlingsthema» offen an und äusserte deutlich meine Meinung. Von keinem Einzigen, weder von anderen Darstellern, noch von den Regisseuren hörte ich je einen entsetzten Aufschrei, wie «furchtbar» meine Einstellung doch sei. Jeder sagte, dass diese unkontrollierte, bedrohliche Masseninvasion so nicht weitergehen könne.

Im Oktober 2016 erhielt ich eine Email vom NDR Zapp Magazin, in der ich gefragt wurde, ob das Facebook-Profil von Silvana Heißenberg auch tatsächlich mir gehöre, und ob ich zu meinen Äusserungen stehe. Ich liess eine Mitarbeiterin ausrichten, dass ich selbstverständlich zu meinen Äusserungen stehe und eine Patriotin sei. Am 12. Oktober 2016 gab es dann im NDR Zapp Medienmagazin einen Bericht über mich, mit dem Titel: «Die falsche Frau der Woche». Gemeint war ich. Es wurden Szenenausschnitte von mir in meinen Schauspielrollen von RTL und Sat.1 gezeigt. So kommentierte Zapp beispielsweise: «Hier spielt Schauspielerin Silvana Heißenberg noch die liebe Mutter, aber privat scheint sie ganz weit rechts zu sein!»

Wenige Tage nach Ausstrahlung dieses Zapp Berichts erfuhr ich von meinen Produktionsfirmen, dass nicht nur RTL, sondern nun auch Sat.1 zukünftig nicht mehr mit mir zusammenarbeiten wollen. Unglaublich war ebenfalls, dass meine fertig produzierten Serien mit RTL und Sat.1 nun nicht mal mehr ausgestrahlt werden sollten. Ich schrieb RTL und Sat.1 eine lange Email und erhielt keine Antwort, obwohl wir jahrelang sehr gut zusammen arbeiteten.

Werden Sie weitermachen, Inhalte wie derzeit auf ihrer Facebook-Seite zu veröffentlichen?

Selbstverständlich werde ich auch weiterhin die Nachrichtenberichte über die vorsätzlichen Gesetzesbrüche der regierenden Politiker und die weiteren Straftaten der «Geflüchteten» veröffentlichen, um zu zeigen, was unserem Volk mit dieser illegalen Masseninvasion angetan wird und womit wir nun täglich leben müssen. Mir verbietet keiner den Mund!

Haben Sie auch Zuspruch erfahren?

Ich erhalte fast ausschliesslich positiven Zuspruch, denn die Stimmung der Bevölkerung kocht bei vielen vor Wut über. Nach der Ausstrahlung des Zapp Berichts folgte ein kleiner Shitstorm, in dem ich als «braune Dreckschleuder; dummes Stück Scheisse; Nazi...e, ...» titulierte wurde.

Was würden Sie ändern wollen, wenn Sie die Entscheidungshoheit hätten?

Als erstes natürlich die Familienpolitik, welche von den herrschenden deutschen Anti-Volksparteien seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt wird. Das Bildungssystem muss reformiert werden. Die Steuergesetze müssen geändert werden; fast 50% Lohnsteuern sind unverfroren. Des Weiteren wünsche ich mir natürlich eine direkte, wahre Demokratie, die vom Volk ausgeht, wie in der Schweiz. Wir sollten parallel zum demokratiefernen BRD-Parteienzirkus zumindest ein Bürgerparlament haben, in dem kompetente, verdienstvolle Bürger regelmässige Volksbegehren und Volksabstimmungen vorbereiten, um dem zum blossen Wahlvieh degradierten deutschen Bürger endlich wieder eine Stimme und ein Mitbestimmungsrecht zu geben.

Wie sehen Sie den politischen Erfolg von Parteien wie der AfD?

Wir haben inzwischen ein gleichgeschaltetes Blockparteien-System, wie in der ehemaligen DDR, welches voll und ganz nach der Pfeife einer einzigen Person, nämlich Oberbefehlshaberin Merkel tanzt. Vor diesem Hintergrund finde ich es sehr verwunderlich, dass die volksnahe AfD nicht noch mehr Erfolg bei Wahlen hat bzw. hatte. Antideutsche Parteien, die ausschliesslich vor bevorstehenden Wahlen ihre Volksnähe vorgaukeln, sind unwählbar, deshalb ist es für mich völlig verständlich, dass eine patriotische Partei immer grösseren politischen Erfolg erzielt.

Was würden Sie Bundeskanzlerin Merkel sagen wollen, wenn Sie ihr persönlich etwas ausrichten könnten?

An dieser Stelle möchte ich den US-Präsidenten Donald Trump zitieren, dem ich voll und ganz zustimme: «Einwanderung ist ein Privileg, kein Recht. Das eigene Volk kommt immer zuerst.» Frau Merkel meint aber, dass das Volk «jeder» sei, «der in diesem Land lebt».

Bei öffentlichen Festen und Veranstaltungen müssen nun in Deutschland Schutzzonen für Mädchen und Frauen eingerichtet werden, um diese vor enthemmten Männern aus den arabischen und afrikanischen Herkunftsländern zu schützen, die angeblich zu uns kamen um Schutz suchen. Das Münchner Oktoberfest, Weihnachtsmärkte, Silvesterfeiern, Musikveranstaltungen, ... werden nun polizeilich massiv gesichert und eingezäunt, mit Betonabsperungen gesichert, um weitere Terroranschläge zu verhindern. 2 Millionen Afrikaner sind derzeit

auf dem Weg nach Europa. Täglich müssen wir nun mit weiteren Terroranschlägen rechnen. Was sind das für unerträgliche Zustände, die uns eine Frau Merkel und deren Entourage beschert haben?

Ich würde dieser Frau ausrichten, dass sie für den nicht wieder gutzumachenden Schaden, den sie dem deutschen Volk und ganz Europa zugefügt hat, und ihrem willkürlichen, rechtswidrigen Handeln verantwortlich, sofort zurücktritt und ihren Platz für einen kompetenten, volksnahen und patriotischen Bundeskanzler räumt.

Quelle: <https://www.unzensuriert.de/content/0023619-Silvana-Heissenberg-im-Exklusivinterview-Mir-verbietet-keiner-den-Mund>

Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – Oxford-Ökonom gibt Lösungsvorschläge

Epoch Times; Aktualisiert: 6. April 2017 13:34

Es sollte kein Recht auf Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen geben, deshalb müsse Europa seine Aussengrenzen schützen, meinen die Buchautoren Paul Collier und Alexander Betts. Ansonsten könne ja jeder in sein jeweiliges ‹Traumland› einfach flüchten oder auswandern.

Einer der härtesten Kritiker von Angela Merkels Flüchtlingspolitik, Paul Collier, wurde später ein wichtiger Berater der Bundesregierung. In seinem neuesten Buch rechnet der 68-jährige Oxford-Ökonom nun mit den Fehlern der globalen Flüchtlingspolitik ab.

Das Buch ‹Gestrandet – Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – und was jetzt zu tun ist› (Co-Autor Alexander Betts) enthält aber nicht nur Kritik, sondern präsentiert auch Lösungen für die Krise. ‹Focus› hat seine Ratschläge zusammengefasst:

Erstens, es sollte kein Recht auf Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen geben, deshalb müsse Europa seine Aussengrenzen schützen. Ansonsten könne jeder in sein jeweiliges ‹Traumland› flüchten oder auswandern.

Zweitens, die Hilfe von Politikern und Medien konzentriere sich laut den Autoren bisher auf jene, die versuchten, entwickelte Länder zu erreichen. Hier sollte fairer geholfen werden, denn 90 Prozent der Flüchtlinge würden innerhalb ihres eigenen Landes vertrieben oder flüchteten in ein Nachbarland. Ihr Vorschlag wäre demnach, dass die reichen Länder dort investierten, wohin die Flüchtlinge zuerst fliehen würden.

Drittens, die Flüchtlinge sollen an diesen Orten legal leben und arbeiten dürfen. Ihre Idee hierbei, grosse Konzerne verlegen, begleitet vom Staat, Produktionsstätten in Gebiete nahe von Krisenregionen. Warum? Weil es genau dieser Flüchtlinge nach Beendigung eines Konfliktes bedarf, um das Krisengebiet wieder aufzubauen und es nicht der Verelendung preiszugeben.

Ein Rezensent auf Amazon: ‹Die Flüchtlingspolitik Deutschlands wandelte sich 2015 vom herzlosen Kopf hin zur Politik des kopflosen Herzens, so die Meinung der beiden Autoren. Besser kann man die deutsche Vorgehensweise wohl nicht umschreiben. Eine echte nachhaltige Flüchtlingspolitik unterstützt aber eine Strategie, die es Menschen ermöglicht, in der Nähe ihrer Heimatländer zu bleiben, um von dort im Friedensfall schnell wieder nach Hause gehen zu können. Alles andere wäre absurd.› (mcd)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/warum-unsere-fluechtlingspolitik-allen-schadet-oxford-oekonom-gibt-loesungsvorschlaege-a2089653.html?meistgelesen=1>

Blick in die Zukunft: Deutschlands paramilitärische Polizei

4.04.2017 • 06:30 Uhr

Vom Freund und Helfer zum paramilitärischen Strassenkrieger? Deutschlands Innenminister rüsten mit Hochdruck die Polizei auf. Eine Studie des Vereins Informationsstelle Militarisierung zeigt das Ausmass des Umbaus der Exekutive im Namen der Terrorabwehr auf.

In den USA ist sie bereits Normalität, und auch Frankreich erlebt spätestens seit dem Terroranschlag auf das Satiremagazin ‹Charlie Hebdo› im Januar 2015 und dem seither permanent geltenden Ausnahmezustand eine zunehmende Militarisierung der Polizei. Im öffentlichen Raum zeigen sich die Beamten mit vollautomatischen Maschinengewehren. Polizeifahrzeuge gleichen immer mehr militärischen Panzern und natürlich braucht die vermeintliche Sicherheit vor Terrorismus auch eine immer umfangreichere, vernetzte Überwachung.

Auch in Deutschland ziehen die Innenminister von Bund und Ländern die durchgeführten und verhinderten Terror-Anschläge der vergangenen Jahre heran, um eine zunehmende Militarisierung der Polizei zu legitimieren.

In welchem Ausmass dies geschieht, untersucht eine aktuelle Studie der Informationsstelle Militarisation e.V. (IMI).

So sei es das Ziel der Politik, deutsche Polizisten und Geheimdienste fit für den Kampf gegen militärisch ausgebildete Terroristen zu machen, die mit Sturmgewehren, Sprengsätzen und geschützt durch militärische Schutzwesten in europäischen Innenstädten agieren. Die IMI-Studie merkt jedoch kritisch an, dass entsprechende Bemühungen, die Polizei aufzurüsten, schon viel länger auf der Tagesordnung stehen und die jüngsten Anschläge lediglich die passenden medialen Horrorbilder lieferten, um nun Nägel mit Köpfen zu machen. Angesichts der Tatsache, dass bei nahezu allen Terroranschlägen der vergangenen Jahre eklatante Unklarheiten im Raum blieben, gibt dieses auffällig konsequente Agenda-Setting zu denken.

So war es nicht nur im Falle des Berliner Weihnachtsmarktanschlags vom vergangenen Dezember ein liegengebliebener Ausweis, der die Ermittler auf die Spur des bereits behördenbekannten Anis Amri führte. Erst vergangene Woche sprach Bundesinnenminister Thomas de Maizière indirekt von Behördenversagen im Fall Amri. Nun dient die Causa den Sicherheitspolitikern hierzulande dazu, eine weitere Freisetzung von Mitteln, Mann und Material zu fordern.

Der geplante Upgrade der Polizei ist durchaus umfangreich und wird bereits umgesetzt. Ähnlich wie im Hollywood-Streifen «Minority Report» sollen die Beamten künftig mit Hilfe von Big-Data-Analysen so genanntes Predictive Policing betreiben. Dabei handelt es sich um eine Art von Wahrscheinlichkeitsrechnung mit dem Versuch der Vorhersage künftiger Straftaten. Während der Erfolg dieser Methode nicht nachgewiesen ist, warnen Kritiker vor dystopischen Zukunftsaussichten, insbesondere im Zusammenhang von Predictive Policing und künstlicher Intelligenz.

Dem Berliner Südkreuz wird bereits jetzt die zweifelhafte Ehre zuteil, als «Bahnhof der Zukunft» mit sogenannter intelligenter und vernetzter Überwachung ausgestattet zu werden. Mit dem Segen von Thomas de Maizière treiben BKA, Bundespolizei und Deutsche Bahn das Projekt gemeinsam voran. Zum Einsatz kommt dabei auch das so genannte Tracking: Bei vermeintlich auffälligem Verhalten wird eine Person durch eine Videoanalyse-Software markiert und mit wechselnden Kameras automatisch verfolgt.

Doch auch die klassische Bewaffnung sowie die Personalstärke der Polizei sollen ausgebaut werden. Neben Fussfesseln, futuristischer RoboCop-Montur und Maschinengewehren ist das Panzerfahrzeug Survivor, das der deutsche Hersteller Rheinmetall gemeinsam mit dem österreichischen Unternehmen Achleitner entwickelt hat, das wohl markanteste Beispiel dieser Art. Das Fahrzeug soll Polizisten vor Angriffen mit Sturmgewehren und gegen Minen schützen. Darüber hinaus verfügt es über Schiessscharten, durch die Beamte aus dem Innern des Radpanzers selbst das Feuer eröffnen können.

Um personelle Lücken zu schliessen, hat das Land Brandenburg mittlerweile auch damit begonnen, ehemalige Feldjäger der Bundeswehr in den Polizeidienst zu integrieren. Auch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen folgen bereits diesem Beispiel. Ehemalige Zeitsoldaten gelten dabei als begehrtes Polizeipersonal der Zukunft. Schon vom 7. bis 9. März 2017 fand – ebenfalls unter dem Banner der Terrorabwehr – eine gemeinsame Übung von Bundeswehr und Polizei statt. Das Szenario sah eine Überforderung der Polizei angesichts eines grossflächigen Terrorangriffs vor, weshalb die Bundeswehr zu Hilfe gerufen wurde. Die Stabsrahmenübung ereignete sich jedoch zunächst nur am «grünen Tisch» mit dem Ziel, die Alarmketten und Kommunikationsstrukturen zu testen. Weder Polizei noch Militär waren dafür auf der Strasse. Dies könnte sich jedoch bald ändern.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/inland/48627-blick-in-zukunft-deutschlands-paramilitarische/>

Das Bargeld unbemerkt abschaffen – Aus einem Strategiepapier des IWF

Von Kathrin Sumpf; 10. April 2017; Aktualisiert: 11. April 2017 7:49

Mit welchen Schritten kann das Bargeld abgeschafft werden, ohne dass die Menschen ernsthaft protestieren? Ein Arbeitspapier des IWF-Analysten Kireyev nennt u.a.: «das Ausdünnen grosser Geldscheine, die Platzierung von Grenzen bei Bargeldtransaktionen und die Kontrolle von Bargeldbewegungen über Grenzen hinweg.»

Im März veröffentlichte der IWF (Internationaler Währungsfonds) ein Arbeitspapier zur Beseitigung des Bargeldes (#de-cashing) und gibt Hinweise, «wie Regierungen den Widerstand der Bevölkerung unterlaufen und sie über ihre wahren Absichten täuschen können». Das Arbeitspapier trägt den Titel: «The Macroeconomics of De-Cashing» (Die Makroökonomie der Bargeld-Beseitigung). Offiziell wird dieses Strategiepapier als Meinung des Autors Alexei Kireyev dargestellt.

Darin wird eine Strategie umrissen, mit welchen Schritten das Bargeld schleichend abgeschafft werden kann – ohne dass die Bevölkerung aufwacht.

IWF-Analyst Alexei Kireyev empfiehlt, das Bargeld schrittweise abzuschaffen, wie zum Beispiel durch «das Ausdünnen grosser Geldscheine, die Platzierung von Grenzen bei Bargeldtransaktionen und die Kontrolle von Bargeldbewegungen über Grenzen hinweg.»

Als weitere Schritte sind aufgeführt: «Schaffung von wirtschaftlichen Anreizen zur Verringerung der Verwendung von Bargeld bei Transaktionen, die Vereinfachung der Eröffnung und Nutzung von übertragbaren Einlagen und eine weitere Computerisierung des Finanzsystems».

Und: «Der private Sektor sollte dem öffentlichen Sektor bei der Bargeld-Beseitigung vorgezogen werden. Der Erstgenannte scheint fast gänzlich dazu willens zu sein (z. B. grösserer Einsatz von Mobiltelefonen, um den Kaffee zu bezahlen), aber es bedarf immer noch einer politischen Ausrichtung. Der Letztere scheint fragwürdiger zu sein, und die Leute können bedeutende Einwände dagegen haben.»

PR-Kampagne – Emotionalisierung der Nachteile

Die Nachteile von Bargeld werden so umschrieben: «Banknoten verblassen und gehen kaputt», «Banknoten sind anonym und daher ein beliebtes Instrument für Missbrauch, Steuervermeidung, Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche» und «werden leicht gefälscht». Zumindest dieser Absatz im Arbeitspapier (Punkt 18) klingt wie eine emotionale PR-Kampagne.

Es wird darauf hingewiesen: «Bargeld wird oft als ein Mittel zur Bewahrung der Privatsphäre betrachtet» und die Tatsache, dass jeder Schritt der Zahlungshistorie aufgezeichnet wird, «kann als Bedrohung der Privatsphäre gesehen werden» (Übersetzung: Norbert Häring von «Geld und mehr»).

Für den IWF-Autor ist die Möglichkeit, alle finanziellen Belange der Menschen zu überwachen, ein Vorteil und es wird darauf hingewiesen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu leisten: «Nötig sei aus diesem Grund auch ein gezieltes Öffentlichkeitsprogramm, um Misstrauen bezüglich der Bargeldbeseitigung abzubauen, insbesondere, dass die Regierungen durch die Bargeldbeseitigung alle Aspekte des Lebens der Menschen kontrollieren wollen, einschliesslich wofür sie ihr Geld ausgeben, oder das Misstrauen, dass es darum gehe, die persönlichen Ersparnisse in den Bankensektor zu zwingen.»

Punkt 53: Bargeld-Beseitigung per Dekret soll vermieden werden

Im Punkt 53 heisst es weiter: «Die Bargeld-Beseitigung in jeglicher Form lässt sowohl Einzelpersonen als auch Staaten anfälliger für Störungen von Stromausfällen über Hacks bis hin zu Cyberkriegsführung zurück.» Und: «In jedem Fall sollten die verlockenden Versuche, eine Bargeld-Beseitigung per Dekret zu verhängen, vermieden werden, da die populäre persönliche Bindung zu Bargeld noch gegeben ist.»

Neue Regeln zeigen: Verbannung grosser Geldscheine hat längst begonnen

In Indien wurde im November 2016 nahezu die Hälfte des in Umlauf befindlichen Bargeldes durch das Verbot der alten Rupien-Scheine einkassiert. Im Januar 2017 wird in Australien über die Abschaffung des 100-Dollar-Scheines diskutiert. Auch der ehemalige US-Finanzminister Larry H. Summers hat die Abschaffung der 100-Dollar-Note gefordert.

Seit Mai 2016 zieht die Europäische Zentralbank den 500-Euro-Schein aus dem Verkehr. Es würden «gegen Ende 2018» keine neuen Scheine dieses Wertes mehr ausgegeben.

Ein anderer Schritt war die Einführung von Obergrenzen bei der Nutzung von Bargeld. «In Frankreich, Italien, Spanien und Griechenland gelten bereits Obergrenzen für Bargeldabhebungen, und die Menschen spüren es am eigenen Leib. In Deutschland wird aktuell eine Obergrenze in Höhe von 5000 Euro diskutiert», schreiben Friedrich & Weik 2016.

Ein Leben ohne Bargeld ist das Ende der finanziellen Freiheit

In Schweden ist die schleichende Abschaffung des Bargeldes weit fortgeschritten. In der schwedischen Hauptstadt kann man in U-Bahnen schon nicht mehr mit Bargeld bezahlen, so auch in Bussen. Einzelhändler und Firmen haben die Möglichkeit, Bargeldzahlungen auszuschliessen und grosse Banken ziehen sich aus der Bargeldversorgung zurück. Selbst Argumente wie «Krankheitskeime auf Geldscheinen machen krank» werden eingesetzt.

- Ohne Bargeld kann der Sparer nicht vor den Negativzinsen der EZB fliehen.
- Ohne Bargeld gibt es für den Kunden nicht mehr die Möglichkeit, seine Sparguthaben vor Pleitebanken in Sicherheit zu bringen.
- Ohne Bargeld gibt es eine völlige Transparenz der Zahlungsströme für den Staat.
- Das Konsumverhalten der Menschen wird dadurch völlig ersichtlich.

Oder anders gesagt: Mit dem Ende des Bargeldes werden die Bürger vollständig kontrollierbar sein. Es bedeutet auch ein Ende der finanziellen Freiheit.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/das-bargeld-unbemerkt-abschaffen-aus-einem-strategiepapier-des-iwf-a2092883.html>

Die Wasserprivatisierung: EU bricht weiteres Versprechen!

10. April 2017 aikos2309

Die EU-Kommission hat 2013 versprochen, die Wasserversorgung von der Privatisierung auszunehmen. Doch sie brach ihre Zusage, zuerst mit Griechenland. Griechenland müsse seine Wasserwerke in den neuen Privatisierungsfonds einbringen.

Die EU-Vertreter haben – vor allem die Finanzminister Schäuble & Konsorten – auch noch Druck ausgeübt, damit das griechische Parlament dem Deal zustimmt. Ohne Wasser-Privatisierung keine neue Kredittranche – so die Drohung. Nach tagelangen Debatten knickte Athen ein.

Kein Monopol auf Trinkwasser!

Das Recht auf Wasser ist ein Menschenrecht – sollte man annehmen. Doch Nestlé-CEO Peter Brabeck macht kein Geheimnis daraus, dass Wasser in seinen Augen kein öffentliches Gut sein sollte, sondern auch einen Marktwert wie «jedes andere Lebensmittel» benötige.

In Algerien hat Nestlé die Wassernutzungsrechte erworben und lässt die Fabriken bewachen und einzäunen. In Pakistan das Gleiche. In diesen Ländern wird das Wasser angezapft und für viel Geld in Plastikflaschen wieder verkauft. Während die Bevölkerung keinen Zugang mehr zu diesem Wasser hat.

Sechs Milliarden Euro verdient die Schweizer Firma Nestlé mit ihren weltweit 73 Wassermarken. Die bekannteste heisst «Pure Life» und wird vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern verkauft. Hier verhält sich Nestlé besonders perfide. Denn dort ist das Unternehmen dabei, weite Teile der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser an sich zu reißen – zum Teil mit erschreckendem Erfolg.

Da Trinkwasser dort schon jetzt ein knappes Gut ist, lockt es eine Reihe von Geschäftemachern an. Trinkwasser ist ein Grundbedürfnis und sollte jedem Menschen zugänglich sein. Nestlé jedoch strebt eine Monopolstellung für Trinkwasser an (Das Lebewesen Wasser als Verfassungsrecht).

Profit mit fragwürdigen Geschäftstricks

Es ist purer Zynismus, wenn die von der Firma Nestlé in weiten Teilen der Dritten Welt vertriebene Wassermarke ausgerechnet «Pure Life» heisst. In Südafrika wird diese Marke sogar mit dem Claim «Water you can trust» beworben, also Wasser, dem du vertrauen kannst. Hier schliesst sich ein Teufelskreis.

Denn die Firma Nestlé sichert sich zunächst die Abfüllgenehmigungen für die reinsten und besten Quellen des Landes. Das übrige Wasser erreicht aufgrund von Umweltverschmutzung und anderen Faktoren vielfach keine Trinkwasserqualität. Diesen Umstand nutzt dann wiederum Nestlé, um sein Produkt «Pure Life» als besonders vertrauenswürdige Alternative zu präsentieren.

Die Vereinten Nationen haben schon vor Jahren den Zugang zu sauberem Wasser zu einem menschlichen Grundrecht erklärt. Dies hindert allerdings Konzerne wie Coca Cola, Danone und Nestlé nicht daran, dieses Recht durch ihr Geschäftsgebaren in aller Welt mit Füßen zu treten.

Während die Weltbevölkerung weiter ansteigt, wird sauberes Wasser immer mehr zu einer Mangelware und Lebensmittelkonzerne profitieren von der steigenden Knappheit an sauberem Wasser, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Ein Riesengeschäft für Lebensmittel-Multis auf Kosten der Armen und Ärmsten. Vor allem in Ländern des Südens fehlt der Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Privatisierung verläuft fast unbemerkt – wir werden erpressbar

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, ist die Privatisierung der wichtigsten Ressource Wasser Tür und Tor geöffnet worden und längst bemächtigen sich Wirtschaftsunternehmen der immer knapper werdenden Ressource. Das Geschäft mit dem Wasser ist in vollem Gange. Vor einigen Jahren kauften Firmen wie Nestlé und Coca-Cola auch in Brasilien Gebiete auf, die reich an Wasserquellen sind.

Was für die einen zum Schicksal und Verhängnis wird, ist für die anderen eine Goldgrube, die immer höhere Gewinne durch Verknappung verspricht. Wasser ist eine absolut unabdingbare Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Wasser ist das wichtigste Gut auf unserer Erde und durch nichts in der Welt zu ersetzen.

Ohne Wasser ist keinerlei Leben möglich. Wir sind zwingend auf Wasser angewiesen und in letzter Konsequenz müssen wir jeden Preis bezahlen. Mit anderen Worten: Wir sind erpressbar. Das sollte sich jeder ganz eindringlich vor Augen führen.

Auch in Deutschland wird das Wasser privatisiert

Durch eine öffentliche Ausschreibung der Wasserversorgung könnte sich der Konzern Nestlé auch in Deutschland und anderen Ländern Europas auf Jahrzehnte eine ähnliche Machtposition sichern, wie er sie in weiten Teilen der Dritten Welt bereits besitzt.

Es ist eine Illusion, dass die Privatisierung eine Preissenkung für Wasser nach sich ziehen würde und das Leitungsnetz durch private Investitionen verbessert werden könnte. Denn Investitionen bleiben aus Profit- und Kostengründen aus. In einem Land ohne akute Wasserknappheit macht es aus wirtschaftlicher Sicht Sinn, Lecks zu tolerieren und somit Kosten zu sparen.

Wenn es um negative Folgen von Privatisierungen in der Wasserversorgung geht, werden immer wieder die Beispiele London und Berlin genannt. In London wurde 1989 die Wasserversorgung privatisiert; der deutsche RWE-Konzern stieg 1999 ein und verkaufte das uralte Wassernetz aus der viktorianischen Zeit 2006 weiter.

Einerseits wurden in London ab den 90er-Jahren die Wasserentgelte erhöht, dringend nötige Erneuerungen und Wartungen der Rohre blieben aber aus, weshalb es zu Verunreinigungen des Trinkwassers kam und viel Wasser durch undichte Leitungen im Boden versickerte. In Berlin sind die Wasserpreise für Verbraucher nach der Privatisierung um 35% gestiegen.

Der Ausverkauf des Menschenrechts Wasser durch die EU

Durch den Verkauf ihrer Wasserbetriebe können Städte und Gemeinden Milliarden einnehmen – doch der Widerstand der Bürger ist gross, der Sturm der Entrüstung bei vielen Bürgern der EU riesig. Trinkwasser werde zum milliarden schweren Spekulationsobjekt und den Kommunen und somit den Bürgern weggenommen, wurde befürchtet.

Viele Menschen sorgten sich um die in der EU so streng geschützte kommunale Selbstverwaltung. EU-Rechtsvorschriften sollten die Regierungen jedoch dazu verpflichten, für alle Bürger und Bürgerinnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine sanitäre Grundversorgung zu gewährleisten.

Die EU-Kommission liess sich jedoch in den vergangenen Jahren nicht beirren. Wie wir bereits sahen, wurde in wirtschaftlich stark angeschlagenen Ländern wie Portugal und Griechenland von der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) der Verkauf staatlicher Unternehmen angeordnet.

Klagen der Bevölkerung über stark gestiegene Wasserpreise und zurückgehende Wasserqualität liessen nicht lange auf sich warten, bleiben jedoch ungehört.

Quelle: <http://www.pravda-tv.com/2017/04/die-wasserprivatisierung-eu-bricht-weiteres-versprechen/>

Donald Trump macht keine Politik – Er macht Deals: Die fünf grossen Kehrtwenden seiner Wahlversprechen

Veröffentlicht von: Alpenschau am 18. April 2017 in: Alpenschau aktuell, Weltgeschehen



«Ich werde der beste Präsident sein, den Gott je geschaffen hat.»

Im Wahlkampf konnten Donald Trumps Versprechen gar nicht gross genug sein.

Kaum im Amt, vollzieht er Kehrtwenden bei vielen Themen.

Donald Trump macht keine Politik. Er macht Deals. Sagt er. Und es sollten die grössten Deals aller Zeiten werden: Frieden im Nahen Osten, eine Gesundheitsversorgung für alle Amerikaner und Millionen neuer Jobs im ganzen Land.

Sein Wahlkampfprogramm war auf vier Worte beschränkt: «Make America great again».

Allein, knapp drei Monate nach seinem Amtsantritt zeigt sich: Die Welt ist an vielen Stellen komplexer. Und so verwirft Trump seither immer wieder alte Ankündigungen.

1. Syrien

In der vergangenen Woche gab Donald Trump den Befehl zum Angriff auf einen Stützpunkt der syrischen Luftstreitkräfte. 59 Tomahawk-Marschflugkörper als Reaktion auf den mutmasslichen Chemiewaffeneinsatz durch das Assad-Regime in der Stadt Chan Scheichun.

Es ist der bislang bedeutendste aussenpolitische Kurswechsel Trumps. Im Wahlkampf hatte er seinen Amtsvorgänger Barack Obama noch davor gewarnt, im Bürgerkriegsland zu intervenieren. Allein auf Twitter mehr als ein Dutzend mal.

Davon ist heute keine Rede mehr. Trump bezeichnete Assad in einem Interview unlängst als «Tier». Welche Folgen das dauerhaft hat, ist unklar. Bislang ist nicht erkennbar, ob der Angriffsbefehl des Commander-in-Chief eine emotionale Kurzschlussreaktion auf die Bilder toter Babys war oder einer durchdachten Strategie folgt.

2. Nato

Die Nato ist für Donald Trump ein «Bollwerk» für Frieden und Sicherheit. Das sagte er am Mittwoch im Anschluss an ein Treffen mit Jens Stoltenberg, dem Generalsekretär des Verteidigungsbündnisses. Mit dieser Aussage hat der US-Präsident eine weitere aussenpolitische 180-Grad-Kehrtwende vollzogen.

Im Wahlkampf hatte er der Nato die Zukunftsfähigkeit abgesprochen. Im Januar dann, kurz nach seinem Amtsantritt, bezeichnete er das Waffenbündnis in einem Zeitungsinterview als «obsolet».

Zudem mahnte er die übrigen Mitgliedstaaten, sie müssten ihre Verteidigungsausgaben erhöhen. Von dieser Forderung rückt Trump bislang kein Jota ab. Und er hofft, dass die Nato den Irak im Kampf gegen die Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS; Anm. Islamistischer Staat) unterstützt, denn bisher sind zwar einzelne Mitgliedstaaten, nicht aber die Allianz selbst, Teil des von den USA geführten internationalen Bündnisses gegen die Dschihadisten.

3. China

Den ganzen Wahlkampf über drohte Trump den Chinesen. «Sie sind der grösste Währungsmanipulator, den es auf dieser Erde je gegeben hat», sagte er zum Beispiel in einem Interview im April 2016. «Und wenn sie nicht aufhören, ihre Währung abzuwerten, müssen wir Zölle auf die Importe aus China einführen.»

Noch vor zehn Tagen wiederholte er in einem Interview den Vorwurf, China sei der «Weltmeister» der Währungsmanipulation. Die Kehrtwende kam nach dem Besuch von Chinas Präsident Xi Jinping bei Trump vor einer Woche. «Sie sind keine Währungsmanipulatoren», sagte Trump dem «Wall Street Journal» am Mittwoch. China habe aufgehört, seine Währung zu manipulieren und ein Vorgehen gegen die zweitgrösste Volkswirtschaft würde eine Lösung der Nordkorea-Krise behindern.

4. Krankenversicherung

Es sollte alles ganz schnell gehen: Man werde Obamacare – die Krankenversicherung von Vorgänger Barack Obama – zurücknehmen und durch ein neues Gesetz ersetzen. «Vielleicht am selben Tag, es könnte in derselben Stunde sein», sagte Trump auf einer Pressekonferenz Anfang Januar. Obamacare sei ein «Desaster».

Ein neuer Gesetzentwurf kam zwar, doch Trump gelang es nicht, in seiner eigenen Partei eine Mehrheit dafür zu organisieren. Ende März platzte eine Abstimmung im Kongress über den Entwurf und Obamacare blieb vorerst in Kraft.

Trump sagte, seine Regierung werde sich stattdessen um eine Steuerreform kümmern. Doch auch das hielt nicht lange. In dieser Woche erklärte der Präsident: «Wir werden eine phänomenale Steuerreform haben, aber ich muss mich erst um die Gesundheitspolitik kümmern.»

5. Staatsschulden

Die Vereinigten Staaten von Amerika waren das letzte Mal im Jahr 1835 schuldenfrei. Unter ihm werde es wieder so weit sein – innerhalb von nur acht Jahren, versprach der damalige Präsidentschaftskandidat Trump im April 2016 in einem Interview mit der «Washington Post».

Sein Rezept: Handelsverträge neu aushandeln, mit Steuersenkungen die Wirtschaft ankurbeln und gleichzeitig einen Rekordbetrag in die Infrastruktur investieren. Experten bezweifelten schon damals, dass mit dieser Kombination die Schulden sinken würden. Nun hat das auch Trumps Verantwortlicher für den Haushalt eingesehen. Er werde nicht 20 Billionen Dollar innerhalb weniger Jahre zurückzahlen können, sagte Mick Mulvaney dem Sender CNBC. «Ich wäre nicht ehrlich, wenn ich sagen würde, dass ich das könnte.»

Es besteht kein Zweifel – Trump hat im Wahlkampf gewaltig übertrieben.
Wieviele Wahlversprechen wird er überhaupt einhalten?

Quelle: Spiegel-Online – Die Alpenschau bedankt sich!

Quelle: <http://alpenschau.com/2017/04/18/donald-trump-macht-keine-politik-er-macht-deals-die-fuenf-grossen-kehrwenden-seiner-wahlversprechen/>

Verfassungsreferendum in der Türkei: Die Stunde des grossen Spalters ... und die katastrophalen Folgen ...

Veröffentlicht von: Alpenschau am 17. April 2017 in: Alpenschau aktuell, Medien, Weltgeschehen



Recep Tayyip Erdoğan hat gewonnen.

Die Türken haben mit denkbar knapper Mehrheit sein sogenanntes Präsidialsystem abgenickt.

Konsens und Versöhnung wären nun dringend nötig, aber das ist nicht Erdogans Stil.

Was ist das nur für ein Präsident, dem in der Stunde seines grössten Triumphes nichts Besseres einfällt, als über die Wiedereinführung der Todesstrafe zu sprechen?

Da steht ein Mann kurz vor der Erfüllung eines politischen Lebenstraums, da schäumt er schon wieder. Da hat ihn eine knappe Mehrheit der Türken gerade vor der vielleicht schmerzlichsten Niederlage seiner Karriere bewahrt, da stösst er schon wieder Millionen vor den Kopf.

Eine knappe Mehrheit? Nein, das ficht Recep Tayyip Erdoğan nicht an. Er hat eine Abstimmung gewonnen, nur das zählt für ihn.

**In jeder anderen Demokratie müsste ein so knappes Ergebnis,
wie es am 16. April erzielt wurde, den Herrschenden Sorgen machen.**

Denn bei dieser Abstimmung ging es um etwas Fundamentales. Die Türken sollten sich entscheiden, in welchem politischen Rechtssystem sie leben wollen; ob dieses System noch an eine Demokratie erinnert, welche die Gewaltenteilung respektiert, oder die Gewalten weitgehend in der Hand einer einzelnen Person bündelt.

Eine Suche nach gesellschaftlichem Konsens und eine breite Aufklärungskampagne hätte der Systemfrage vorausgehen müssen. Aber darum ging es Erdoğan nicht. Zu keinem Zeitpunkt.

Die Wahrheit ist vielmehr, dass sich der türkische Präsident mit seiner Verfassungsänderung dauerhaft vor einer Strafverfolgung schützen wollte; dass er seine bisher verfassungswidrige De-Facto-Alleinherrschaft legalisieren wollte und dass er das Land künftig ungestört und ganz in seinem Sinne ideologisch umbauen will.

Was für ein Euphemismus das Wort «präsidial» doch sein kann!

Will man die Dinge beim Namen nennen, sollte man besser von einer Diktatur unter islamischem Vorzeichen sprechen, die sich Erdoğan von seinem Volk absegnen liess. Von der einen Hälfte des Volkes. Die andere Hälfte hat gute Gründe, die Legitimität der Abstimmung anzuzweifeln, und tapfer zu erklären, sie erkenne das Ergebnis nicht an. Doch wird sich der grosse Spalter an der Spitze des Staates davon nicht beeindruckt lassen.

Gegen die demokratischen Spielregeln, Macht auch teilen oder von ihr lassen zu können, sprechen Erdogans Natur, sein Siegeswille, und seine Überzeugung, nicht nur vom Volk gewählt, sondern auch von Gott auserwählt zu sein.

Aber es gehört eben auch zur Wahrheit, dass ausreichend viele Türken bereit sind, ihrem Präsidenten auf diesem Weg zu folgen. Viele mögen das dünne Argument geschluckt haben, dass sich das Land mit einem einzelnen, omnipotenten Mann an der Spitze einfach effizienter regieren lasse – obwohl dafür jeder Nachweis fehlt.

Viele vertrauen Erdoğan ohnehin blind.

Bei anderen mögen seine nationalistischen und anti-westlichen Parolen ebenso gefruchtet haben wie das Versprechen, den Terrorismus ein für allemal auszumerzen – jenen Terrorismus, den Erdoğan selbst in vielerlei

Hinsicht herbeibeschworen hat. Aber was immer also seine Gegner gehofft haben – dass sich doch die Vernunft durchsetzen würde; dass ein Sieg des ›Nein‹-Lagers seine Kritiker in der Regierungspartei zur Palastrevolte ermutigt und dies vielleicht den Anfang vom Ende der Ära Erdogan bedeutet hätte – sie alle haben sich getäuscht.

Der türkische Präsident wird ihnen erhalten bleiben, höchstwahrscheinlich noch für eine sehr lange Zeit.

Und das künftig in einem System, wie es unter modernen Staaten seinesgleichen sucht.

Willkommen in der nächsten Ära Erdogan!

Quelle: Daniel Steinvorth – Die Alpenschau bedankt sich!

Quelle: <http://alpenschau.com/2017/04/17/verfassungsreferendum-in-der-tuerkei-die-stunde-des-grossen-spalters-und-die-katastrophalen-folgen/>

Lawrow erklärt, warum der Westen nicht aufhört, anderen seinen Willen aufzuzwingen

Sputnik; Do, 13 Apr 2017 13:50 UTC

Der Westen will die Tatsache einer polyzentrischen Weltordnung nicht anerkennen und ist daher bestrebt, allen seine eigene Auffassung der Weltereignisse aufzuzwingen. Dies äusserte am Dienstag Russlands Aussenminister Sergej Lawrow auf einer Sitzung der Aussenamtsvertreter der russischen Regionen.



© Sputnik/ Michail Woskressenski

«Im Allgemeinen wird in der Welt Konfrontation und Konkurrenz angeheizt. Dabei ist die Konkurrenz nicht immer die richtige, die für Politik und Wirtschaft üblich und natürlich ist, sondern auch eine solche, die durch Versuche unserer westlichen Partner, ihre eigene Weltauffassung aufzuzwingen, in Wertsetzung und Wertorientierung eindringt», so Lawrow.

Die westlichen Staaten nähmen sich den Verlust ihrer Führungsrolle in der internationalen Arena schwer zu Herzen, da sie es gewohnt seien, Entscheidungen für andere zu treffen. Sie versuchten, so Lawrow weiter, ihre führende Position in der Welt, die sie über mehrere Jahrhunderte hinweg als durchaus üblich empfunden haben, um jeden Preis zu erhalten.

«Heute ist es schwer anzuerkennen, dass die Welt sich stets ändert, dass heutzutage ein Prozess der polyzentrischen Gestaltung der Weltordnung vor sich geht. Das ist besonders schmerzhaft für diejenigen, die es gewohnt sind, alles und für alle zu entscheiden», unterstrich der russische Chefdiplomat.

Daher werden gegen die Ungehorsamen allerlei Repressalien eingesetzt, darunter auch Sanktionen, Informationsdruck, Informationskriege und sogar direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten im Riesenraum des Nahen Ostens und Nordafrikas sowie in der Ukraine, schloss er letztlich.

Quelle: <https://de.sott.net/article/29101-Lawrow-erklart-warum-der-Westen-nicht-aufhoren-anderen-ihren-Willen-aufzuzwingen>

Armageddon am Horizont

Veröffentlicht am 17. April 2017 von Der Troll von Germania

Die Sorglosigkeit der westlichen Welt ist aussergewöhnlich. Es sind nicht nur Amerikaner, die sich von CNN, MSNBC, NPR, der ›New York Times‹ und der ›Washington Post‹, aber auch ihre Kollegen in Europa, Kanada, Australien und Japan, geirritieren lassen. Sie verlassen sich auf die Kriegspropaganda-Maschine, die derzeit in den Medien läuft. (Original bei Paul Craig Roberts)

Die westlichen ›Führer‹, das heisst, die Marionetten am Ende der Fäden, die von mächtigen privaten Interessengruppen und dem tiefen Staat gezogen werden, sind nicht besser. Trump und auch seine Gegenspieler im US-

amerikanischen Einflussbereich müssen sich nicht bewusst sein, dass sie den Krieg mit Russland und China provozieren, sonst wären sie Psychopathen.

Ein neuer Wächter des Weissen Hauses hat den alten Narren ersetzt. Der neue Dummkopf hat seinen Aussenminister nach Russland geschickt. Wofür? Um ein Ultimatum zu stellen? Um falsche Anschuldigungen zu machen? Um sich für die Lügen zu entschuldigen? Betrachten Sie die Kühnheit des Aussenministers Tillerson. Er hat die Woche vor seinem Besuch in Moskau damit verbracht, unglaubliche Lügen und falsche Behauptungen zu verbreiten, etwa dass Assad in Syrien mit russischem Einverständnis chemische Waffen einsetzte, was Washington als eindeutiges Kriegsverbrechen bezeichnete, um den militärischen Angriff auf ein Land zu rechtfertigen, mit dem die USA nicht im Krieg stehen. Weniger als 100 Tage im Amt, und Trump ist bereits ein Kriegsverbrecher, zusammen mit dem Rest seiner Kriegshetzer-Regierung.

Hybris

Miegel, Meinhard

Grössenwahn und Selbstüberschätzung sind Teil der menschlichen Natur. Doch erst heute werden sie als Erfolgsfaktoren kultiviert. Die Folgen sind krankhaft wuchernde Wirtschaftsaktivitäten, entfesselte Finanzmärkte, dysfunktionale Bildungs- und Infrastrukturen, aus dem Ruder laufende Grossprojekte, unkontrollierbare Datenmengen und globales Allmachtstreben. Meinhard Miegel, einer der profiliertesten Vordenker Deutschlands, sieht in dieser allgegenwärtigen Hybris die wesentliche Ursache für die tiefgreifende Krise von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die exzessive Entwicklung unserer Lebenswelt, die Miegel eindringlich schildert, überfordert alle: Einzelne und Gruppen, Unternehmen, Schulen und Universitäten, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen. Ihre Kosten sind enorm, keine Volkswirtschaft kann sie stemmen. Die Lösung des Problems ist erprobt und zuverlässig: Es ist die Kunst der Beschränkung – die Rückkehr zu einem menschlichen Mass, das unsere individuellen und gesellschaftlichen Ressourcen schont und in ein neues Gleichgewicht bringt. Worin diese Kunst besteht, macht Miegel an vielfältigen Beispielen eindrucksvoll deutlich.

PCR weiter: Die ganze Welt weiss das, aber niemand spricht es aus. Stattdessen hat Tillerson, mit Lügen und Drohungen beladen, versucht, den Russen klar zu machen, dass sie sich im Kampf gegen Assad klar an die amerikanische Seite stellen müssten. Die Mission Tillersons zeigt die vollständige, totale Unwirklichkeit der Welt, in der Washington lebt. Versuchen Sie, sich Tillersons Arroganz vorzustellen. Wenn Sie sich von starken, bedeutenden Menschen bedroht fühlten, würden Sie deren Haus betreten, um mit ihnen zu Abend zu essen? Das macht nur, wer von seiner Überlegenheit überzeugt ist. Ja, Tillerson ist sogar der Meinung, dass Russland, das Syrien weitgehend von der US-gestütztem ISIS befreit hat, nun bereit wäre, Syrien nach Washingtons Plänen umzugestalten?

Wird Tillerson Herrn Lawrov erzählen, dass er all diese bösen Lügen, die er über Russland verbreitete, nicht ernst gemeint, sondern nur zionistischen Neokonservativen nachgegeben hat? Dass er nicht wirklich verantwortlich ist, sondern nur ein Werkzeug des anglo-zionistischen Reiches? Ist Tillerson bereit, sich für die Aussage des Pressesprechers von White-House Sean Spicer zu entschuldigen, Assad, der Verbündete Russlands, sei böser als Hitler?

Rex Tillerson wird in Moskau kaum um Asyl bitten und auf die Seite des wirklichen Siegers wechseln!

Stephen Cohen, einer der wenigen verbleibenden Amerikaner, die über Russland informiert sind, sagte im Gespräch zwei CNN-Reportern und dem Airforce Geheimdienst-Offizier Col. Leighton öffentlich auf den Kopf zu, dass Russland sich auf den heissen Krieg vorbereite. Die Information scheint an den drei Gesprächspartnern vorbeigegangen zu sein. In wessen Lohn stehen sie?

Die russischen Führer, die im Gegensatz zu den westlichen Lügner Klartext reden, haben deutlich gemacht, Russland werde nie wieder einen Krieg auf seinem eigenen Territorium dulden. Die Russen konnten es nicht deutlicher sagen. Wer einen Krieg provoziert, wird auf seinem eigenen Territorium zerstört werden.

Wenn Sie das Verhalten des Präsidenten und der Regierung in Washington, irren europäischen Regierungen, vor allem der Idioten in London, der kanadischen und australischen Regierungen, analysieren, kann die Erklärung nur totale Dummheit lauten.

«Sie betteln um das Ende der Welt.»

Die Verantwortlichen arbeiten auf das Ende allen Lebens hin. Riesige Zahlen von westlichen Völkern werden für ihren Untergang vorbereitet, und die Verantwortlichen wännen sich vor den Folgen durch ihre Unverletzlichkeit geschützt. Washington ist so arrogant und verloren in seiner eigenen Hybris, dass es nicht versteht, dass die Haltung Russlands so klar wie ein Kristall ist. Die US-Absichten haben Russland davon überzeugt, dass Washington die Bevölkerungen der Vereinigten Staaten und aller von Washington gefangenen Völker in West-

und Osteuropa, Kanada, Australien und Japan für einen US-präventiven Atomschlag gegen Russland vorbereitet. Die veröffentlichten US-Kriegspläne gegen China haben auch die Chinesen davon überzeugt.

Wenn nicht für den Krieg, was sonst bedeutet die geänderte Haltung in der US-Kriegsagenda? George W. Bush hat die stabilisierende Rolle der Atomwaffen aufgegeben, indem er sie von einer Vergeltungsfunktion zur nuklearen Erstschlagfähigkeit umrüsten liess. Dann beendete er den anti-ballistischen Raketenvertrag von Präsident Richard Nixon. Jetzt haben wir US-Raketen-Standorte an den Grenzen Russlands. Wir erzählen den Russen die Lüge, die Raketen sollten einen iranischen nuklearen ICBM-Angriff gegen Europa verhindern. Diese Lüge wird verbreitet und von den Puppen in Europa akzeptiert, trotz der bekannten, unbestreitbaren Tatsache, dass der Iran weder Nukes noch ICBMs hat. Aber die Russen lassen sich nicht für dumm verkaufen. Sie wissen, dass es eine weitere Washington-Lüge ist.

Aufgrund der offensichtlichen Lügen begreift Russland, dass Washington einen präventiven Atomangriff auf Russland beabsichtigt. China hat die gleiche Schlussfolgerung gezogen. Das ist die Situation. Zwei Länder mit Atomarsenal erwarten, dass die verrückten Narren, die den Westen regieren, sie mit Atomwaffen angreifen werden. Was machen Russland und China? Bitten sie um Gnade? Sie bereiten sich darauf vor, im Ernstfall die Angreifer zu zerstören, die Versammlung von Lügern und Kriegsverbrechern, wie sie die Welt nie zuvor erlebt hat.

Es sind die USA, die um Gnade bitten sollten, der Witz einer «Militärmacht», die nach 16 Jahren Kampf nicht in der Lage sind, einige tausend leicht bewaffnete Taliban in Afghanistan zu besiegen. Der rücksichtslose und unverantwortliche Krieg, ausgelöst durch die US-Regierung und die presstitulierten Medien und die Mithilfe der NATO und ihrer Washington-Vasallen muss sofort beendet werden. Das Leben ist aus dem Gleichgewicht.

Putin hat erstaunliche Geduld mit den Lügen und Provokationen Washingtons gezeigt, aber er wird Russland nicht riskieren, indem er Washington vertraut, dem niemand vertrauen kann – nicht das amerikanische Volk, nicht das russische Volk, kein Volk. Wer auf den Propagandawagen des Deep State aufspringt, rollt mit beim liberalen/progressiven/linken Zug in Richtung Armageddon.

Übersetzung Troll v.G.; Quelle: <http://krisenfrei.de/armageddon-am-horizont/>

Zwischen Krieg und ewigem Frieden

Veröffentlicht am April 17, 2017 von helmut mueller

Im vergangenen Jahr träumte ich davon, wie hinter einer Gebirgskette am Horizont zwei oder drei Raketen einschlugen und sich darauf grellrote Feuerbälle entfalteten. Aha, dachte ich mir, Atomraketen. Obwohl das Geschehen offensichtlich in der Ferne ablief, war ich im Traum zutiefst beunruhigt. Und erneut bin ich es, dieses Mal aber dabei hellwach. Denn die Möglichkeit eines mit Atomwaffen geführten Krieges rückt Jahrzehnte nach der Kuba-Krise erneut in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Der Traum irritierte mich noch aus einem anderen Grund: Ich hatte in der Vergangenheit gelegentlich mich verblüffende Träume, da sie sich nicht nur einmal bewahrheiteten. Hoffentlich dieses Mal ohne Belang.

Inzwischen haben wir uns schon so an die vielen Kriege gewöhnt, dass wir einen der womöglich letzten wie schicksalhaft hinzunehmen scheinen. Die Lage erinnert an die Kuba-Krise. Aber anders als damals haben wir es heute an der Spitze zweier Staaten offenbar mit Narren* zu tun. Zumindest wird es uns so vermittelt, wobei ich glaube, dass der mit einer Endzeit-Sekte im Rücken residierende Herr im Weissen Haus eine Spur unberechenbarer ist. Wir sollten uns bei der Gelegenheit auch die Frage stellen, inwieweit die US-Aussenpolitik nicht doch auch für die brandgefährliche Lage im Fernen Osten verantwortlich ist. Oder, um es mit dem Iren Gerry Adams zu sagen, ob sie nicht immer wieder Brände löschen muss, die sie selbst gelegt hat.**

Man kann nur hoffen, dass die demonstrative Entschlossenheit der einen wie der anderen Seite richtig eingeschätzt wird und jeder Seite für sich die Folgen eines unter Umständen nuklearen Schlagabtausches bewusst ist. Die drei Millionen zivile Toten des einstigen Korea-Krieges und die totale Zerstörung des Landes damals sollten Mahnung genug sein. Wieder wäre es, käme es zu dem befürchteten Einsatz atomarer Waffen, die Masse des Volkes, die den grössten Preis zu bezahlen hätte. Wobei ja, sollte Peking sich jetzt in diesem Konflikt noch zurückhalten, eine Auseinandersetzung welcher Art auch immer mit China in Zukunft weiter möglich ist. Besorgniserregenderweise scheint es so, als ob das Trump-Team ausser der militärischen keine andere Karte zu ziehen imstande wäre.

Der Gefahr eines lokalen Atomkrieges mit unabsehbaren Folgen für den Rest der Welt sind sich in Europa aber doch einige bewusst. Zuletzt hat sich als einer der wenigen europäischen Politiker, der österreichische Aussenminister, für eine atomwaffenfreie Welt ausgesprochen. Möglicherweise wird aber diese Initiative das Schicksal jener erleiden, wie sie etwa 1955 vom damaligen britischen Aussenminister, Anthony Eden, und später, 1957,

von seinem polnischen Kollegen (Rapacki-Plan) ergriffen wurden. Die Initiativen wurden nicht weiter verfolgt. Das zuletzt im März 2017 in der UNO-Versammlung sichtlich mangelnde Interesse massgeblicher Staaten an einem Atomwaffenverbot verhalf also zu einem Déjà vu. Einem unerfreulichen allerdings.

Damals befürchtete Bonn, ganz Deutschland könnte neutralisiert werden, was der Sowjetunion angeblich einen militärisch-strategischen Vorteil gebracht, den Interessen der USA aber ganz sicher geschadet hätte. Aus denselben Interessen wurde, wie im Fall Korea, ein Friedensvertrag vertagt, und wird deshalb das deutsche Volk weiter an der Nase herumgeführt, wodurch man aber «geschäftlich» im grossen Spiel bleibt. Und so ist zu vermuten, dass Washington in letzter Konsequenz den status quo auf der koreanischen Halbinsel einem geeinten, aber neutralen Korea vorziehen würde. Dazu ein gefährliches Muskel-Spiel à la Trump, wie jenes gegen Russland auf Kosten Deutschlands und Europas.

Wie auch immer, wir scheinen jedenfalls von einem dauerhaften Frieden in der Welt weiter entfernt denn je zu sein. Die grossen Führer haben versagt oder versagen, die repräsentative Demokratie hat versagt und versagt weiter. Die einen erliegen der Machtgier, und unsere «Demokratie» wird nicht von jenen regiert, welche sie repräsentieren. Viele Mitmenschen neigen daher zu der resignativen Einstellung, es liege in der Natur des Menschen, Krieg zu führen. Schluss, Punkt? Einer, der sich damit ausführlich beschäftigt hat, Kant, kam schliesslich zum Schluss, das Unheil könne nur durch es selbst und seine Folgen aufhören. Nun, Kant wusste noch nichts von der Atombombe und konnte sich die Folgen eines Atomkrieges auch nicht in seinen kühnsten Träumen ausmalen. Daher würde der ewige Friede, von dem er sprach, von ganz anderer Qualität sein.

Und doch! Kant, einerseits «realpolitisch» nüchtern, andererseits sich der Macht des guten Willens bewusst, hatte immerhin eine uns bereits geläufige, sympathische Vorstellung davon, wie ein Krieg verhindert werden könnte, als er unter anderem schrieb: «Was guter Wille hätte tun sollen, aber nicht tat, muss endlich die Ohnmacht bewirken: Dass ein jeder Staat in seinem Inneren so organisiert werde, dass nicht das Staatsoberhaupt, das der Krieg eigentlich nichts kostet, sondern das Volk die entscheidende Stimme habe, ob Krieg sein solle oder nicht.» Vorwegnahme einer direkten Demokratie also. Aber dazu müsste den derzeit Herrschenden die Macht aus deren Händen erst entrissen werden. Ob sich diese Einsicht noch rechtzeitig durchsetzen wird?

* «Unsere Gesellschaft wird von Verrückten geführt, für verrückte Ziele. Ich glaube, wir werden von Wahnsinnigen gelenkt, zu einem wahnsinnigen Ende, und ich glaube, ich werde als Wahnsinniger eingesperrt, weil ich das sage. Das ist das Wahnsinnige daran.» (John Lennon)

** Der vorgesehene Friedensvertrag lag nicht im strategischen Interesse der USA

Zum Thema

Dritter Weltkrieg <https://youtu.be/ajHud8NtA5I>

Trumps Optionen (engl.) https://youtu.be/XcRC6GLx_T8

Atomwaffenverbot <https://youtu.be/I9jPPjudXoQ>

Quelle: <https://helmutmueller.wordpress.com/2017/04/17/zwischen-krieg-und-ewigem-frieden/>

«Die Angst der Menschen, ihre Meinung zu sagen, ist sehr gross» – Weitere Entwicklungen im Fall Facebook – Imad Karim

Von Kathrin Sumpf, Aktualisiert: 16. April 2017 13:07

«Die Angst der Menschen, ihre Meinung zu sagen, ist sehr gross», schreibt Philosophia-Perennis. Sie initiierten einen Aufruf der Solidarität mit dem Filmemacher Imad Karim. Der Rechtsanwalt und Experte für Facebook und Medienrecht, Joachim Steinhöfel, hat nun den Fall übernommen.



Imad Karim im Gespräch mit RT.

Foto: Screenshot/youtube video

<https://www.youtube.com/watch?v=yILwIrIzIaI>

Nachdem Imad Karim bei Facebook gelöscht wurde, nehmen die Solidaritätsbekundungen von vielen Seiten zu. «Philosophia-Perennis» schreibt: «Innerhalb weniger Stunden gingen mehr als 700 Unterschriften bei uns ein, die ihre Solidarität mit Imad zum Ausdruck brachten.» Bereits eine Stunde nach Bekanntwerden gingen sie mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit und riefen diejenigen auf, denen Demokratie und Meinungsfreiheit wichtig ist, sich anzuschliessen.

Einige Prominente reagierten sofort, schreiben sie. Darunter sind Akif Pirinçci, Alexander Wendt, Marcus Franz, oder Peter Kurth (CDU). Bei Politikern ist es etwas komplizierter, die AfD-Politikerin Alice Weidel stimmte sofort zu. Andere, wie «ein CDU-Bundestagsabgeordneter ... der durch sein Engagement für die Homoehe aus Talkshows bekannt ist, hat gar nicht ... reagiert.»

Eines hat sich aber sehr deutlich gezeigt: Die Angst der Menschen, ihre Meinung zu sagen, ist sehr gross.

So betonten 5 Prozent der Nutzer, dass sie sich es beruflich nicht leisten können, sich mit Imad Karim zu solidarisieren. Als Gründe werden zum Beispiel genannt, dass sie auf Aufträge aus dem Öffentlichen Dienst angewiesen sind oder auch einen kirchlichen Arbeitgeber haben. Einer schrieb, dass er Angst vor Spitzeln aus der Gewerkschaft habe: «Wenn die das mitkriegen, machen die mich nur noch fertig – ich muss arbeiten, ich habe eine Frau und drei Kinder.»

Facebooks «Wand der Schande»

Der bekannte Rechtsanwalt und Experte für Facebook und Medienrecht, Joachim Steinhöfel, hat nun den Fall übernommen. Er will auf juristischem Weg die Wiederherstellung des Profils einklagen. Der Rechtsanwalt sammelt seit längerem auf einer «Wand der Schande» Sperrungen und Löschungen der Facebook-Zentrale.

«Philosophia-Perennis» schreibt: «Natürlich werden wir dennoch den öffentlichen Druck aufrecht erhalten. Interessant ist, dass Facebook durchaus einknickt, wenn der Druck zu gross wird: Aus Angst vor finanziellen Folgen oder eben einem weiteren Imageverlust.»

Was sagt Imad Karim dazu? «Gemeinsam sind wir stark! Und es macht mich stolz, auf Eurer Seite zu stehen!»

Nur wenige Medien zeigen Solidarität

Cicero stellte beispielsweise einen älteren Artikel von Imad Karim wieder frei. Darin sagt er: «Inzwischen habe ich das Gefühl, dass Islamkritikern wie Bassam Tibi, Hamed Abdel-Samad oder auch mir in Deutschland bewusst ein Gefühl der Heimatlosigkeit vermittelt wird. Wir sind heute nicht mehr erwünscht. Wenn Leute wie wir vor den Gefahren der ungesteuerten Migration warnen, gelten wir schnell als chauvinistische Ewiggestrige, die die globale Verantwortung der Bundesrepublik einfach nicht überblicken können.»

Sein Fazit ist deutlich: «Sollte es uns und der kommenden Generation nicht gelingen, den muslimischen Immigranten die Werte der Aufklärung und die Leitlinien unserer demokratischen Kultur zu vermitteln, werden die Folgen verheerend sein – und zwar für uns alle. Als gebürtiger Libanese, der seit vielen Jahrzehnten gern in Deutschland lebt, sage ich: Die Werte der offenen Gesellschaft sind nicht verhandelbar! Leider scheinen vor allem die neuen Multikulturalisten in dieser Hinsicht taub zu sein.»

Einige weitere Kommentare von Twitter:

Maik Schmidie

Die #imadkarim Zensur ist für mich der Beweis, dass es NICHT um Hass und Hetze geht, sondern um die Unterbindung der Wahrheit & Realität!

B.Becker @Bimabe

Mit der Löschung des Facebookprofils des libanesisch-deutschen Regisseurs #imadkarim wurde die #Bücherverbrennung des 21. Jahrh. eingeläutet.

Jochen A. Hübener fordert

sofortige #Freischaltung der Seite von #ImadKarim, die #Facebook sperrte, veranlasst von #Wahrheitsminister#MAAS

Facebooksperre wegen Claudia Roth?

Es gab schon einen Fall in der Schweiz, bei der ein Nutzer auf Facebook gesperrt wurde und der sich entschlossen hat, gegen den Konzern zu klagen. Ricardo L. S. Korf, dessen Familie zur Regierungselite der DDR gehörte, kündigte auf Facebook an, dass er «sein langjähriges Schweigen auch im Hinblick auf seine Erfahrungen mit Angela Merkel im Kontext der Wendezeit brechen wird». Er schrieb einen Artikel über Claudia Roth und seine Erfahrungen mit ihr.

Nicht allzu lange Zeit später wurde sein Profil von Facebook gesperrt. Vermutlich handelt es sich dabei um eine automatische Sperrung, die dann eintritt, wenn eine grössere Menge an Facebook-Usern sich zusammentut, um gezielt bestimmte Einträge zu melden: In diesem Fall hatte man – nach Korfs Angaben – eine ganze Reihe von Katzenbildern gewählt. Dabei waren es vermutlich keine Katzenhasser, die da sehr gut organisiert vorgingen, sondern – was viel wahrscheinlicher ist – entweder Fans von Claudia Roth, die sich rächen wollten, oder solche der Kanzlerin, die vorab einen ‚Warnschuss‘ abgeben wollten.

Korf fasste zusammen: «Es braucht viel Mut, Unterstützer und Kraft, sich gegen einen internationalen Geschäftskonzern zur Wehr zu setzen. Und zugleich bin ich nicht mehr bereit, die Masslosigkeit von Wirtschaftsunternehmen und westlichen Polit-Monarchen zu dulden. Es hat Ausmasse angenommen, welche nicht mehr haltbar sind.»

Weitere Artikel

Jürgen Fritz: ‚Imad Karim ist mein Bruder, nicht Heiko Maas‘

Facebook löscht vollständiges Profil von Islamkritiker Imad Karim

Imad Karim: Das ‚völlige Scheitern des Konservatismus‘ gefährdet unsere Hochkultur

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/die-angst-der-menschen-ihre-meinung-zu-sagen-ist-sehr-gross-weitere-entwicklungen-im-fall-facebook-imad-karim-a2096925.html>

Mathe-Genies

Veröffentlicht am 18. April 2017 von Wolfgang Arnold

Da die Kapazitäten für den Transfer der afrikanischen Bevölkerung nach Deutschland überlastet seien, fordert Simone Peter umgehend mehr Schiffe für den reibungslosen Import der von Merkel eingeladenen Zuzügler. Noch immer stehen Millionen hinter der neoliberalen Kuschel-Toleranz-Politik von CDU bis GRÜNE. Kein Wunder, weil in der Bevölkerung vielfach die notwendigen Grundkenntnisse in Mathematik fehlen.

Setzen, sechs, kann man da nur sagen! Jetzt heulen sie rum, die Industrie und die Universitäten. Schülern und Studenten (inklusive der weiblichen) fehle es an den nötigsten Grundkenntnissen in Deutsch und Mathematik. Das ist eine Erkenntnis, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) kommt, die jetzt eine entsprechende Studie veröffentlicht hat. (Patriotenstimme)

Noch glauben die Mathe-Analphabeten, dass ‚niemandem etwas weggenommen wird‘ für den Unterhalt der schon jetzt zwei Millionen Zuzügler.

Manche der Rechenkünstler teilen sogar freiwillig, wie die engagierten Gutmenschen in Mittelhessen, die für Syrer Bürgschaften übernommen haben, damit die ihre Verwandten nachholen können. Plötzlich merken sie, dass derartige Grossherzigkeit für die Ewigkeit gilt, denn die Unterhaltungspflicht endet nicht mit dem Abschluss des Asylverfahrens.

Einer der Hilfsbereiten ist jetzt echt stinkig, hatte er doch gehofft, dass ihm der Staat die Kosten ab genehmigtem Asylstatus abnimmt. Pech gehabt: Die Gutherzigkeit kostet monatlich weiter 800 Euro.

Über eine Frage denkt der Gutmensch bisher wohl nicht nach: Warum lebt ein im Asylverfahren anerkannter gesunder Mann auch im dritten Jahr seines Deutschlandaufenthalts immer noch von anderer Mitmenschen Stütze? Nein, es soll damit hier nicht gehetzt und schon gar nicht irgendwelchen Netzsaubermännern/-frauen ein Vorwand zur Bildschirmsäuberung geboten werden.

Spätberufene Mathegenies wie die Redaktion der ‚Wirtschaftswoche‘, wenn sie poltert: «Die Sozialkosten explodieren – und niemand handelt.» Nach langem Schweigen hat doch tatsächlich ein Finanzwissenschaftler die Falle erkannt, in die Frau Merkel die Deutschen mit ihrer ‚Universal-Bürgschaft‘ geführt hat. Nach Professor Bernd Raffelhüschen kostet jeder Asylsucher den deutschen Steuerzahler 450 000 Euro, über die gesamte Lebenszeit.

Für Hans Werner Sinn vom Münchner Institut für Wirtschaftsforschung ist diese Rechnung Schönfärberei, denn Raffelhüschen gehe davon aus, dass die neuen Zuwanderer sich ebenso rasch im Arbeitsmarkt einfügen wie frühere Einwanderer – Sinn ist weniger optimistisch. Unter dem Strich glaubt sogar Raffelhüschen, dass der deutsche Sozialstaat bei anhaltender Zuwanderung ‚langfristig zerstört‘ werden könnte. Staatlich alimentierte Mathematiker drücken sich vorsichtig aus.

Völlig un-‚verblümt‘ greift SPD-Wahlkämpfer Martin Schulz in die Wundertüte und verspricht: Mehr Geld für alle! Und Millionen Deutsche jubeln zu Schulzens hochgereckten Daumen ‚Martin, Martin!‘

Das Mathe-Verständnis scheint noch miserabler zu sein, als die Konrad-Adenauer-Stiftung festgestellt zu haben meint.

Quelle: <http://krisenfrei.de/mathe-genies/>

IMPRESSUM**FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internetz veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz